

**7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 11. Dezember 2008
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 16.30 Uhr

Schluss: 20.15 Uhr

Vorsitz:	Peter Wegmann	(FDP)	1
Stimmzählende:	Maria Anna Baumann	(SP)	1
	Hans-Rudolf Hausammann	(SVP)	1
Anwesend:	Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler (<i>ab 17.05 Uhr</i>), Rupert Moser, Marianne Neuschwander (<i>ab 16.50 Uhr</i>), Norbert Riesen, Roger Schär (<i>ab 16.40 Uhr</i>), Liliane Schärer (<i>ab 18.00 Uhr</i>), Meta Stäheli Ragaz, Andreas Thomann, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer, Christian Zeyer	(SP)	13
	Erich Blaser, Marion Buchser, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Beat Weber, Gerhard Zaugg	(SVP)	6
	Heinz Gfeller, Roger Hubschmid, Beat Leumann	(FDP)	3
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Bruno Schröter (<i>ab 16.55 Uhr</i>), Rahel Wagner	(EVP)	4
	Synes Ernst, Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Roland Rüfli (<i>ab 17.15 Uhr</i>), Madeleine Schenk	(FORUM)	3
	Thomas Christen, Daniel Kirchhofer	(SD)	<u>2</u>
			<u>36</u>
Vertreter des Gemeinderates:	Gemeindepräsident Christian Zahler, Thomas Iten, Egon Julmi, Christoph Künti, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Alike Maria Panayides (<i>ab 17.00 Uhr</i>), Urs Rüedi, Thomas Werner Gemeindeschreiberin Marianne Meyer		
Entschuldigt:	Mitglieder des Grossen Gemeinderates Mirjam Rettore, Markus Truog, Thomas Wegmüller		
Unentschuldigt:	Mitglied des Grossen Gemeinderates Mevlude Nesimi		
Protokoll:	Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.		

G E S C H Ä F T E

78	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 11. September 2008; Genehmigung	334
79	10.13 Datenschutz Gemeinde	Datenschutzbeauftragter; Ersatzwahl	335
80	20.200 Allgemeines	Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme	336
81	20.101 Jahresvoranschläge	Voranschlag der Laufenden Rechnung 2009 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung	341
82	20.200 Allgemeines	Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013; Genehmigung	349
83	10.2207 Baureglement	Gemeindebaureglement (GBR): Neuer Artikel 57 a betreffend Nutzungserhöhung bei energieeffizientem Bauen - Genehmigung	358
84 30.114	10.372 Motionen Reklamegesuche	Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für die Mundiger Vereine; Begründung	363
85 10.11 10.1121	10.372 Motionen Reglemente Gemeinde Büromaterial	Motion SP-Fraktion betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig; Begründung	365
86 13.503	10.374 Interpellationen Mittagstisch	Interpellation SP-Fraktion betreffend wie weiter mit dem Mittagstisch in Ostermundigen?; Begründung und Beantwortung	369
87 10.1440	10.374 Interpellationen Regionalkonferenz Bern-Mittelland (Bernplus)	Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKM): Ostermundigen-interne Meinungsbildung; schriftliche Beantwortung	372
88	10.375 Einfache Anfragen	Einfache Anfrage L. Müller (SVP) betreffend Finanzkrise; schriftliche Beantwortung	376
89 22.111	10.372 Motionen Steueranlagen	Motion SVP-Fraktion betreffend die Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern; parlamentarischer Neueingang	378

90	10.372 Motionen		
50.300	Allgemeines		
	Motion der EVP-Fraktion betreffend mehr Standorte für Wahlplakate;		
	parlamentarischer Neueingang		379
91	10.372 Motionen		
40.118	Radwegnetz, Allgemeines		
	Motion der SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr;		
	parlamentarischer Neueingang		380
92	10.373 Postulate		
10.1405	Verein Region Bern (VRB)		
	Postulat der SVP-Fraktion betreffend Entscheidungsfristen im VRB;		
	parlamentarischer Neueingang		382
93	10.374 Interpellationen		
10.1806	Information Bürgerschaft (diverse Publikationen, Bekanntmachungen)		
10.2340	Internet / früher 10.1115*		
	Interpellation der EVP-Fraktion betreffend Informationen auf der		
	Webseite der Gemeinde Ostermundigen; parlamentarischer		
	Neueingang		383

Ratssekretär: Ich habe vergessen, den Startknopf am Tonbandgerät einzuschalten. Bis und mit Traktandum Nr. 80 war es mir nicht möglich, ein Wortprotokoll zu erstellen. Ich stütze mich bei der Protokollierung auf die abgegebenen Referate sowie meine persönlichen Notizen.

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **30** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Da der Stimmzähler, Markus Truog (SVP), heute abwesend ist, hat das Parlament eine Ersatzstimmzählerin resp. ein Ersatzstimmzähler zu wählen.
- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt der Finanzverwalter, Herr Stefan Lanz, zu den Traktanden Nr. 81 und 82 an der heutigen Sitzung teil.
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - „Abfallinfo“ der Abfallführer in 12 Landessprachen
 - Reglement über die Schulorganisation in der Gemeinde Ostermundigen
 - VRB Horizonte Dezember 08
- ① Die erste, konstituierende Sitzung der neuen Legislaturperiode findet am 22. Januar 2009 statt.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Schützenhaus“ zum traditionellen Racletteessen. Die Medienvertretenden sind ebenfalls eingeladen.

Traktandenliste:

- Traktandum Nr. 89: Orientierungen des Gemeinderates entfällt.

A b s t i m m u n g :

Als Ersatz für Markus Truog (SVP) wird für die heutige Sitzung Hans-Rudolf Hausammann (SVP) einstimmig als Stimmzähler gewählt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Anschliessend fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 11. September 2008; Genehmigung

Renate Bolliger (EVP): Bei meinem Votum auf Seite 233 ist im zweiten Abschnitt der Satz *...Ich selber bin seit einem Jahr in der Schulkommission und in meinen Ausschuss während einem Jahr praktisch arbeitslos gewesen,...* mit einem Punkt zu trennen.

Die beiden Sätze lauten demnach wie folgt: *... Ich selber bin seit einem Jahr in der Schulkommission. In meinen Ausschuss während einem Jahr praktisch arbeitslos gewesen, ...*

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grossen Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 11. September 2008 wird mit bestem Dank an den Ratssekretär genehmigt.

Datenschutzbeauftragter; Ersatzwahl

Auf Vorschlag des Gemeinderates fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als nebenamtlicher Datenschutzbeauftragter der Gemeinde Ostermundigen wird per 1. Januar 2009 lic. iur. Christoph Leiser, Notar, Bernstrasse 61, Ostermundigen, gewählt.

Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Selbstverständlich haben wir Kenntnis genommen von der Botschaft. Wir wissen darum, wo wir mit den Absichten des Gemeinderates einverstanden sind und wo nicht. Die Ziele des Gemeinderates stimmen mit jenen des Bevölkerungsforums 2007 jedenfalls nicht überein.

1

Synes Ernst (CVP): Wie immer in der Dezembersitzung des Grossen Gemeinderats befassen wir uns mit den finanziellen Perspektiven für unsere Gemeinde, in der Regel mit den kurzfristigen, dieses Jahr mit dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm auch für die mittel- und längerfristigen. Bevor wir in die Details gehen, ist es sinnvoll und nötig, uns einen Gesamtüberblick über die Situation zu verschaffen, in der unsere Gemeinde steckt.

Ostermundigen nagt zwar nicht am Hungertuch, aber die Lage ist kritisch, die uns zur Beschränkung auf das Notwendige zwingt, wie der Gemeinderat in seiner Botschaft zum Voranschlag richtigerweise schreibt, und das nicht nur wegen des erschreckend niedrigen Selbstfinanzierungsgrads. Was veranlasst uns zu dieser eher pessimistischen Beurteilung?

Wir stehen am Ende einer fünfjährigen Hochkonjunkturphase, die überall viel Geld in die Kassen der öffentlichen Hand gespült hat. Nicht oder kaum in jene unserer Gemeinde. Ostermundigen hat seine Entwicklung zu einer attraktiven Wohngemeinde viel zu spät an die Hand genommen und hat dann zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Unternehmensinteressen eines Investors nicht unbedingt die gleichen sind, wie jene einer Gemeinde, die dringend auf den Zuzug guter Steuerzahlerinnen und Steuerzahler angewiesen ist. Leider gilt halt auch im regionalen Standortwettbewerb das Sprichwort vom Letzten, den die Hunde beissen. Und dieser Letzte heisst nun mal Ostermundigen, und es wird schwierig sein, aus diesem Teufelskreis herauszukommen.

Mit anderen Worten: Ostermundigen wird Mühe haben, seine Steuersituation rasch strukturell zu verbessern. Dies stimmt uns um so nachdenklicher, als sich die konjunkturelle Lage heute düster und unsicher präsentiert. Die Folgen für unsere Gemeindefinanzen lassen sich noch abschätzen, die Frage, welche die SVP dazu gestellt hat, ist durchaus berechtigt. Eines ist jedoch heute schon klar: Der Aufschwung wird noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Und das zieht gleich neue Fragen nach sich: Wer das ABC der Wirtschaft nur ein bisschen kennt, weiss, dass Investoren nichts so scheuen wie unsichere Zukunfts-

¹ Roger Schär (parteilos) tritt um 16.40 Uhr der Sitzung bei. Es sind 31 Ratsmitglieder anwesend.

aussichten. Wie wirkt sich das auf die Neuüberbauungen aus, auf die unsere Gemeinde so dringend angewiesen ist, um endlich auf einen grünen Zweig zu kommen?

In diesem Zusammenhang stellt die CVP-Fraktion dem Gemeinderat konkrete Fragen, die wir im Rahmen der heutigen Debatte beantwortet haben möchten:

- Wie ist der Stand der Dinge im Oberfeld? Und was unternimmt der Gemeinderat, um die Interessen Ostermundigens bei Realisierung des grössten und wichtigsten Bauvorhabens in unserer Gemeinde wahrzunehmen?
- Wie ist der Stand der Dinge bei der Überbauung Hättenberg?
- Wie ist der Stand der Dinge bei der Überbauung Sonnenrain?
- Warum wird die Tertianum-Seniorenresidenz in der Prognose der Gemeindeentwicklung mit keinem Wort erwähnt? Wer dort wohnen kann, dürfte mit Sicherheit ein guter Steuerzahler sein!

Angesichts der Unsicherheiten, mit denen die Neubaupolitik behaftet ist, halten wir von der CVP es als um so wichtiger, dass die Gemeinde die bestehenden Quartiere pflegt und hier die Lebens- und Wohnqualität mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln erhält und fördert, wie wir das in einer Motion gefordert haben. Ein Steuerzahler in einer Neubauwohnung bringt zwar mehr ein, aber es sind immer noch die Frauen und Männer von der Rüti bis ins Unterdorf, von der Wiesenstrasse bis ins Tiefenmösli, die für den grössten Teil der Steuern unserer Gemeinde aufkommen. Und das wird noch eine Zeitlang so bleiben. Denn neue Häuser allein garantieren nicht unbedingt höhere Einnahmen und tiefere Steuern, wie dies Stettlen als negatives Beispiel zeigt.

Die CVP-Fraktion dankt allen, die an der Ausarbeitung der Unterlagen beteiligt waren. Wir nehmen die Prognosen der Gemeindeentwicklung zur Kenntnis, nicht unbedingt erfreut zwar, aber doch in der Hoffnung, dass wir mit unserer pessimistischen Haltung nicht unbedingt recht bekommen werden.

2

Lucia Müller (SVP): Die SVP nimmt das vorliegende Papier so zur Kenntnis. Allerdings müssen auch wir die darin erwartete positive Entwicklung unserer Gemeinde und ihrer Finanzen mit einem grossen Fragezeichen versehen.

Wir werden dann auch bei Gelegenheit wieder auf diese Entwicklung zu sprechen kommen, nämlich dann, wenn die Leitlinien zur Siedlungsentwicklung hier im Rat debattiert werden können. Nach unserer Meinung müsste nicht die Bevölkerungszahl 18'000, also ein quantitatives Wachstum unserer Gemeinde, angestrebt werden. Vielmehr sollte unsere ganze Aufmerksamkeit einem qualitativen Wachstum gelten. Dies sollte jedoch nicht nur auf die Bausubstanz bezogene Qualität beinhalten, sondern vor allem auch in der finanziellen Entwicklung, sprich Steuereinnahmen relevant

² Marianne Neuenschwander (SP) tritt um 16.50 Uhr der Sitzung bei. Es sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

sein. Bis jetzt konnten wir diesbezüglich leider noch nicht wirklich erfreuliche Veränderungen feststellen - trotz der Realisierung der im Papier genannten Entwicklungsgebiete! Wir beobachten vielmehr, dass in vielen neuen Objekten alteingesessene „Mundiger“ Eigentum erwerben und dafür werden dann deren bisherige (sicher meist günstigere Wohnobjekte) frei - und ob diese Tatsache zu einer wirklichen positiven Veränderung der Bevölkerungsstruktur beitragen wird, stellen wir in Frage.

Zudem gehen wir mit Walter Bruderer einig. Unsere Generation sollte auch ein Mindestmass an Verantwortung für kommende Generationen einbringen und nicht jeden noch grünen Flecken Land der Gemeinde überbauen, damit für kommende Generationen noch grüne Reserven erhalten bleiben, damit auch sie noch die Möglichkeit haben werden, ihren Lebensraum nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können.

Heinz Gfeller (FDP): Lichtblicke in der Botschaft sind:

- ☺ Die Einwohnerentwicklung ist nicht mehr negativ, neue Wohnungen werden erstellt.
- ☺ Das durchschnittliche Steuereinkommen von Haushalten in neu erstellten Wohnungen ist höher als der Durchschnitt.
- ☺ Die langfristige Entwicklung der Anzahl Arbeitsplätze.
- ☺ Die Anzahl der aktuell erteilten Baubewilligungen.

Zu denken geben:

- ☹ Neue Arbeitsplätze stammen vor allem aus Betrieben ohne Steuersubstrat.
- ☹ Künftgrube, die Baubewilligung ist ohne Realisierung abgelaufen.
- ☹ Die planerischen Voraussetzungen für den Bau von Wohnungen reicht aus für eine Einwohneranzahl von knapp 17'000. Das Planziel von 18'000 Einwohnenden wird damit noch immer um 1'000 Einwohnende verfehlt.
- ☹ Der ESP Bahnhof Ostermundigen hat theoretisch viel Potential, das leider wegen grossen Hindernissen nicht ausgeschöpft wird.

Dankbar ist unsere Fraktion für die zusätzliche Information zur Vorlage zur Entwicklung der Prognose 2003 - 2008. Wir verstehen aber nicht, dass die effektiv erreichten Einwohnerzahlen darin in einer nicht vergleichbaren Grösse angegeben sind (mit Wochenaufenthalten im Gegensatz zu den geplanten Zahlen ohne Wochenaufenthalter). Wir erwarten, dass dieser Mangel im nächsten Bericht korrigiert wird.

Rahel Wagner (EVP): Die vorliegende Prognose der Gemeindeentwicklung kann ungefähr so beschrieben werden: Ausser ein paar wenigen Nachführungen ist alles wie gehabt. Seit ich im GGR bin, lese ich jedes Jahr fast immer die gleichen Sätze. Das liegt wahrscheinlich in der Natur der Sache, weil bauliche Entwicklungen und damit eine Zunahme der Bevölkerung ihre Zeit brauchen und sich nicht alles von

heute auf morgen verändert. Jedenfalls kann die Prognose so zur Kenntnis genommen werden, obwohl es bereits einige Fragezeichen gibt.

 Fragezeichen 1:

Die Bevölkerungsforen im Jahr 2007 haben deutlich gezeigt, dass die Ostermündigerinnen und Ostermündiger ein Wachstum auf 18'000 Einwohnende nicht unbedingt befürworten. Auch viele Parteien haben im vergangenen Wahlkampf dieses Ziel als nicht wünschenswert angesehen, weil damit neues Land eingezont werden muss.

 Fragezeichen 2:

Die am 24. Oktober 2008 in die Vernehmlassung geschickten „Leitlinien zur Siedlungsentwicklung“ werfen ebenfalls viele Fragen auf und werden dementsprechend zu reden geben. Wir sind sehr gespannt auf die Auswertung und die Antworten auf unsere Fragen.

Es ist deshalb richtig, dass die Tabellen auf Seite 8 der Prognose bis ins Jahr 2019 nur diejenigen Bauvorhaben berücksichtigen, welche im Bau resp. bewilligt sind oder zumindest ein Baubeginn in nächster Zeit zu erwarten ist. So kann die vorliegende Prognose als vorsichtig und verantwortungsvoll bezeichnet werden.

Die EVP dankt dem Gemeinderat und nimmt die Botschaft so zur Kenntnis.

3

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Vielen Dank für die eingegangenen Fragen und Bemerkungen. Ich möchte diese wie folgt beantworten:

① Votum Rahel Wagner (EVP)

Das Grundgerüst der gemeinderätlichen Botschaft bleibt Jahr für Jahr bestehen. Ich versuche stets, nur die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aufzuzeigen. Die Botschaft und die aufgeführte Gemeindeentwicklung sollten im Parlament nicht zu langen Grundsatzdiskussionen führen.

① Votum Walter Bruderer (FORUM)

Die Prognose der Steuerentwicklung wird im Finanzplan aufgeführt.

① Votum Synes Ernst (CVP)

Die Parlaments- und Gemeinderatsmitglieder sollten nicht immer alles so pessimistisch beurteilen. Eine „Prise Optimismus“ schadet niemandem!

Die Aussage stimmt: Beim Hauptentwicklungsgebiet „ESP Bahnhof“ muss momentan ein „Treten an Ort“ festgestellt werden. Dafür können bei den übrigen sechs Hauptentwicklungsgebieten rege Entwicklungen festgestellt werden.

Im Tertianum (Alterssiedlung) an der Mitteldorfstrasse wurden 80 Wohnungen errichtet. Das Tertianum will im März 2009 seinen Betrieb aufnehmen.

³ Bruno Schröter (EVP) tritt um 16.55 Uhr der Sitzung bei. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Ratssekretär: Das Tonbandgerät wird an dieser Stelle in Betrieb genommen.

Ratspräsident: Über das vorliegende Geschäft kann abgestimmt werden. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die prognostizierte Gemeindeentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

Voranschlag der Laufenden Rechnung 2009 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Zuerst wird über die Botschaft und anschliessend über den Voranschlag 2009 debattiert.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Voranschlag 2009 zu. Freude haben wir keine, denn wer hat schon Freude an einem Defizit! Die Haltung des Gemeinderates, nur das Nötigste zu finanzieren, können wir unterstützen. Mit solch einem Defizit ist nicht an eine Steuersenkung zu denken.

Bei den Investitionen haben wir erfahren, dass die Schulhaussanierung Rüti billiger abgeschlossen werden kann. Zu unserer Finanzmisere kam hinzu, dass wir fast 50 Mio. Franken für die Schulhaussanierungen aufwenden mussten. Bitte Gemeinderat, Sorge dafür, dass die Gemeindeliegenschaften nach STRATUS unterhalten werden, um ein Debakel zu verhindern.

Bitte nehmt heute Abend keine Globalkürzungen vor, sondern erwähnt bei welchem Konto gespart werden soll. Ansonsten können wir die entsprechenden Änderungsanträge nicht unterstützen.

Ratspräsident: Ich habe in der Zwischenzeit vernommen, dass die Gemeinderätin, Ursula Lüthy, noch eine Trendmeldung zur Rechnung 2008 bekannt geben will.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Wie in den früheren Jahren, kann der Gemeinderat vorgängig zu der Debatte über den Voranschlag für das nächste Jahr dem Grossen Gemeinderat einen Trend zur Jahresrechnung des laufenden Jahres bekannt geben. Der Voranschlag 2008 weist - bei einem Aufwand von 88,3 Mio. Franken und einem Ertrag von 86,9 Mio. Franken - einen Aufwandüberschuss resp. ein Defizit von 1,4 Mio. Franken aus.

Aufgrund der bis heute vorliegenden Daten darf erfreulicherweise festgestellt werden, dass das definitive Ergebnis der Rechnung 2008 wahrscheinlich besser ausfallen wird als budgetiert. Eine aktuelle Auswertung geht davon aus, dass die Rechnung um mehr als eine Million Franken besser abschliessen könnte, so dass der budgetierte Aufwandüberschuss schlussendlich vollumfänglich aufgefangen werden kann und im Frühjahr mindestens eine ausgeglichene Jahresrechnung präsentiert werden kann. Die positiven Effekte wirken sowohl auf der Aufwand- wie auf der Ertragsseite. Die Aufwand- und Ertragskonten schliessen gegenüber dem Budget je um etwa 0,6 Mio. Franken besser ab.

Die Ausgaben für das Personal liegen um 100'000 Franken unter dem Budget. Beim Sachaufwand kann man Einsparungen von etwa 400'000 Franken annehmen. Die Passivzinsen liegen um rund 200'000 Franken unter dem Voranschlag. Verzögerte

Umschuldungen und der Wegfall von kurzfristigen Darlehen machen diese Verbesserung möglich.

Dagegen übersteigen die Abschreibungen den Voranschlag um 400'000 Franken. Höhere Steuerabschreibungen und eine intensivere Investitionstätigkeit sind dafür verantwortlich. Die übrigen Ausgaben liegen um ungefähr 300'000 Franken unter dem Budget; dies vor allem, weil die Gemeindeanteile an den Kanton für die AHV, IV und EL tiefer ausfallen.

Bezogen auf den Aufwand kann gesagt werden, dass die einzelnen Positionen für den effektiven Jahresabschluss ziemlich genau berechnet werden können, was für die Ertragsseite - besonders wegen der Steuererträge - nicht möglich ist. So ist z. B. wegen eines hängigen Rekurses gegenwärtig nicht klar, ob noch mit einem grossen Zahlungseingang an Grundstückgewinnsteuern gerechnet werden kann.

Bei den Steuern werden Mehrerträge von 0,9 Mio. Franken erwartet. Die budgetierten Einkommenssteuern der natürlichen Personen von 25,2 Mio. Franken werden, nach unseren gegenwärtigen Erkenntnissen um etwa 0,2 Mio. Franken übertroffen. Bei den übrigen periodischen Steuern wird erwartet, dass sie das Ergebnis um etwa 0,4 Mio. Franken verbessern. Der Hauptgrund dafür liegt bei den Steuerteilungen der juristischen Personen. Die aperiodischen Steuern fallen um 0,3 Mio. Franken besser aus.

Die übrigen Erträge werden um rund 300'000 Franken tiefer ausfallen als budgetiert. Dafür verantwortlich sind geringere Konzessionen bei der BKW und tiefere Zinsen auf den flüssigen Mitteln. Bei diesem Posten handelt es sich um eine Kompensation mit den Passivzinsen.

An Buchgewinnen auf Anlagen konnte der budgetierte Betrag von 3,6 Mio. Franken eingenommen werden. Ich muss einmal mehr darauf hingewiesen, dass es sich hier um einen ausserordentlichen Ertrag handelt. Dieser verbessert das Gesamtergebnis der Jahresrechnung 2008 stark und verfälscht das eigentliche operative Betriebsergebnis der Gemeinde massiv.

Diese Buchgewinne sind einmalig und werden nach dem Jahr 2009 nicht mehr vorkommen. Die Gemeinde besitzt nun praktisch nichts mehr, das einen grösseren Buchgewinn abwerfen könnte. Das zeigt der neue Finanzplan ganz klar und das ist auch der Grund dafür, dass sich die Ergebnisse ab dem Jahr 2010 deutlich verschlechtern. Diese Aussagen sind wichtig, um die finanzielle Situation der Gemeinde wieder in die richtige Perspektive zu rücken.

Ich hoffe, mit diesen Angaben gedient zu haben, und freue mich auf eine konstruktive und sachliche Budgetdebatte.

4

Heinz Gfeller (FDP): Das Defizit beträgt 1,15 Mio. Franken. Das ist schlecht. Effektiv weist das Budget operativ einen Fehlbetrag von 5 Mio. Franken auf.

⁴ Rudolf Mahler (SP) tritt um 17.05 Uhr der Sitzung bei. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Da stellt sich die ernsthafte Frage, die wir beim Finanzplan mit Nachdruck wiederholen müssen: Wie gedenkt der Gemeinderat die Gemeinde aus dieser Schuldenwirtschaft herauszuführen?

Im Wissen darum, dass eine Rückweisung des Budgets lediglich kurzfristig ineffiziente Mehrarbeit in der Verwaltung verursachen würde, verzichten wir darauf. Mit einem mulmigen Gefühl im Magen, wagen wir heute nochmals, dem Budget trotz allem zuzustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): In den letzten Jahren haben wir immer wieder betont, das FORUM werde keine Budgetdefizite unterstützen. Vergleiche mit früheren Jahren haben gezeigt, dass die Rechnungsabschlüsse immer besser, teilweise sogar wesentlich besser ausfielen als die Budgets. Dies zeigt, dass entweder unsere Gemeinde immer von ausgesprochenem Glück begleitet ist, oder dass die Aufwände immer eher zu hoch und die Erträge eher zu tief eingeschätzt wurden. Oder Geplantes gar nicht ausgeführt wurde. Schade, dass die geplanten und erledigten Investitionen nicht auf einfache Art und Weise verglichen werden können. Nicht ausgeführte Investitionen führen automatisch zu einem besseren Ergebnis (rund 130'000 Franken weniger Aufwand).

Wir haben drei Fragen:

- Warum wurden für die Fr. 500'000 -- obschon 2009 vom Flurweg entsprechende Mehrwerte abgeschöpft werden sollen - die vom Parlament beschlossene neue Spezialfinanzierung noch nicht in einem eigenen Konto gestartet?
- Warum werden Überschüsse der Spezialfinanzierungen „Wasser/Abwasser“ nicht ins Konto „Werterhalt“ gesteuert“?
- Gelten für Rückerstattungen von Personalkosten (z. B. vom Wasserverbund) die üblichen Teuerungszulagen nicht?

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Voranschlag 2009 zu. Sie tut dies allerdings mit wenig Begeisterung. Dies auch im Hinblick auf den Finanzplan für die Jahre 2009 - 2013 über den das Parlament heute Abend auch noch zu beschliessen hat.

Der prognostizierte Fehlbetrag von Fr. 1'155'070.-- beträgt 1,3144 % des Gesamtaufwandes von Fr. 87'841'750.--. Ist es tatsächlich nicht möglich, diesen Betrag einzusparen und ein ausgeglichenes Budget 2009 zu präsentieren? Noch kann der budgetierte Fehlbetrag ohne Schwierigkeiten mit dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden. Das soll uns aber nicht in falscher Sicherheit für die Zukunft wiegen.

Die SVP-Fraktion weiss, dass die Rechnung einer Gemeinde nicht ausschliesslich nach dem „Familienprinzip“ geführt werden kann. Eine Familie gibt in der Regel nur so viel Geld aus, wie sie auch tatsächlich einnimmt. Ansonsten erleben wir eine Kreditkrise wie zurzeit in Amerika.

Es ist offensichtlich so, dass die Gemeinde Ostermundigen unter den heute geltenden Rahmenbedingungen ihre bestehenden finanziellen Verpflichtungen langfristig nicht erfüllen kann, wenn es ihr nicht gelingt, entweder die Ausgaben zu senken, oder die Einnahmen entsprechend zu steigern. Letzteres ist zwar vorgesehen, doch scheint die Verwirklichung dieses Zieles in weite Ferne gerückt zu sein. Eigentlich müsste es unser gemeinsames Ziel sein, die Bilanzstruktur unserer Gemeinde ohne unsichere, zu erwartende Mehreinnahmen in ein Gleichgewicht zu bringen.

5

Renate Bolliger (EVP): Die EVP hat das Budget für das Jahr 2009 studiert. In den letzten Jahren war es immer so, dass die Rechnung nachher besser ausgesehen hat als das Budget. Und wie wir gerade von Gemeinderätin Ursula Lüthy vernommen haben, wird es im Jahr 2008 auch so sein. Die Zahlen im vorliegenden Budget sind nach unserer Meinung sorgfältig und realistisch gesetzt.

Obwohl die gegenwärtige Finanzlage weltweit verleiten könnte, pessimistisch zu werden, halten wir als EVP an der optimistischen Haltung fest, dass sich die finanzielle Lage der Gemeinde in Zukunft nicht verschlechtern wird. Man sagt ja, was man erwartet, trifft ein, und daher hoffen wir von der EVP, dass dann auch die Rechnung 2009 ausgeglichen sein wird.

Die Fragen, die wir zum Budget hatten, haben wir klären können. Die Mehrausgaben im Budget gegenüber dem letzten Jahr sind begründet, sie sind gebunden, oder wurden vom Parlament beschlossen und als notwendig erachtet. Einige Faktoren, wie zum Beispiel Heizölpreise sind nicht zu beeinflussen, da kann man auch nichts ändern.

Für uns macht es keinen Sinn, an einigen Beträgen zu schrauben. Differenzen und Schwankungen gibt es so oder so. Die EVP wird das vorliegende Budget genehmigen.

Rudolf Kehrli (SP): Die Wahlen sind vorbei, jetzt kann man sich wieder den normalen Geschäften widmen. Ein solches normales Geschäft ist das Budget der Gemeinde Ostermundigen für das Jahr 2009. Wir sind dieses Jahr viel später dran mit der Budgetsitzung. Das gefällt nicht allen.

Wie die Vergangenheit zeigt, ist es schon fast ein Markenzeichen von Ostermundigen, dass das Budget defizitär vorgelegt wird. Warum es defizitär ist, umschreibt der Gemeinderat in der vorliegenden Botschaft. Auch im alten Finanzplan ist ein Defizit aufgeführt, wenn gleich auch viel grösser.

Das vorgelegte Defizit von 1,1 Mio. Franken ist nicht gut, kann gar nicht gut sein. Es wäre ja noch viel höher und müsste ohne weiteres zurückgewiesen werden, wenn nicht Buchgewinne eingerechnet wären. Es sind übrigens die letzten. Damit ist sicher auch eine Steuersenkung bereits vom Tisch.

⁵ Roland Rüfli (FORUM) tritt um 17.15 Uhr der Sitzung bei. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Der Gemeinderat hat mit bestem Wissen zusammen mit der Verwaltung das vorliegende Budget erarbeitet. Man hat, so wie es aussieht, auf der Aufwandseite nicht überbordert und vielfach sind die Ausgaben gegeben, da meistens gebunden und werden der Gemeinde von aussen (Verbände, Kanton, Bund) aufgezwungen.

In einem Budget mit unzähligen Detailpositionen könnte man garantiert hier oder dort ein paar Franken tiefer gehen. Das wäre aber reine Budgetkosmetik und das Defizit gleichwohl noch lange nicht weg. Wenn man das Defizit eliminieren wollte, dann ginge es an die Substanz, d.h. ohne weiteres müsste ein Leistungsabbau gemacht werden. Ob das ein Volltreffer für Ostermundigen wäre? Ich glaube es nicht, eher ein „Rohrkrepierer“. Die SP wird jedenfalls keine Abänderungsanträge stellen und auch entsprechende Anträge aus dem Rat nicht unterstützen. Was im Budget eingestellt ist, muss ja auch nicht bis auf den letzten Franken ausgegeben werden, so was hat man sicher im Griff.

Auf der Ertragsseite ist wie immer vorsichtig gerechnet worden. Die Haupteinnahmequelle der Gemeinde sind die Steuern. Ob der Wirtschaftsabschwung nächstes Jahr seine Spuren hinterlassen wird, kann heute sicher niemand sagen. Die Pessimisten sehen ganz schwarz, ich als Optimist sehe es nicht so. Warum eigentlich? Die meisten Steuerzahlenden von Ostermundigen sind Lohnempfänger mit Lohnausweis. In der Zeitung sind für 2009 diverse Lohnerhöhungsrunden aufgeführt wie z. B. Post, Coop, Migros, Bundesverwaltung, Kantonsverwaltung, Grossbanken, usw..

Am Schluss der heutigen Sitzung wird ja noch eine einfache Anfrage zu diesem Thema gestellt. Da muss dann der Gemeinderat die Karten auf den Tisch legen.

Ich habe es schon früher bereits mehr als einmal gesagt, Ostermundigen ist ertragschwach. Wir brauchen darum neue Steuerzahlende, und zwar die Guten. Wie dieses Problem zu lösen ist, ist uns im vorhergehenden Traktandum „Gemeindeentwicklung“ erklärt worden.

Das Defizit von 1,1 Mio. Franken ist aber trotzdem verantwortbar. Erstens zeigt ein Blick in die Vergangenheit, dass alle prognostizierte Defizite sich beim Rechnungsabschluss in einen Überschuss verwandelt und damit das Eigenkapital alimentiert haben. Von diesem Stock kann man dann sofern nötig, ein echtes Defizit vom Jahr 2009 abbuchen.

Die SP kann darum hinter dem defizitären Budget für das Jahr 2009 stehen mit all seinen Beschlüssen gemäss Botschaft wie Steuerfuss usw..

Beat Leumann (FDP): Ich bin erst kurz Mitglied des GGR. In dieser Zeit habe ich feststellen können, dass sich an jeder Sitzung die Pessimisten zu Wort melden. Die Gemeinderechnung ist gegenüber dem Budget stets besser ausgefallen. Ich möchte der Verwaltung dafür danken. In jedem Verein lernen wir, dass die Budgets nicht zu optimistisch ausfallen dürfen. Nur so kann der Spareffekt erzielt werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die eingegangenen Voten, Kritiken und Fragen. Der Finanzverwalter wird mir bei der Beantwortung der Fragen behilflich sein. Wir arbeiten an der Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinde Ostermundigen. Im nächsten Traktandum „Finanzplan“ werden wir eingehend darüber informieren. Die Ertragsseite kann nicht exakt budgetiert werden. Über unvorhergesehene zusätzliche Einnahmen (z. B. Steuererträge von juristischen Personen) freuen wir uns immer wieder. 😊

In den letzten Jahren ist die Gemeinderechnung stets besser ausgefallen. Darüber sind wir froh. Auch die umliegenden Gemeinden konnten bessere Rechnungen vorlegen. Die Situation hat sich in der Zwischenzeit geändert. Das Budget sieht nicht sehr rosig aus.

① Votum E. Hirsiger: Defizit 1,5 % des Gesamtbudgets

Der Spielraum ist nicht gross. Zwischen 90 bis 95 % der Ausgaben sind durch Vorschriften seitens Bund und Kanton vorgegeben (sogenannte „gebundene Ausgaben“). In der gemeinderätlichen Budgetberatung wurde das Defizit schon reduziert. Der Gemeinderat kann das vorliegende Budget 2009 verantworten.

Finanzverwalter Stefan Lanz: Ich möchte noch kurz zu den offenen Fragen von Walter Bruderer Stellung nehmen:

① Mehrwertabschöpfungen: wieso diese nicht im Budget sind

Die Mehrwertabschöpfungen beziehen sich auf die Investitionen und die Investitionsrechnung (nicht Laufende Rechnung). Sie sind erfolgsneutral. Sie bewirken keine Veränderungen im Budgetergebnis.

① Überschüsse der Wasser- und Abwasserrechnungen

Die Überschüsse werden in die „Spezialfinanzierung“ überführt. Mit dem Bestand der Spezialfinanzierung werden die zukünftigen Defizite gedeckt. Eine Vermischung mit den Investitionen aus dem Rechnungsausgleich darf nicht vorgenommen werden.

Ratspräsident: Da keine Wortmeldungen zur Botschaft mehr vorliegen, können wir mit der Detailberatung des Budgets 2009 beginnen. Den Voten ist zu entnehmen, dass keine Änderungsanträge gemacht werden. Die Detailberatung wird seitenweise vorgenommen.

Erich Blaser (SVP): Mir ist aufgefallen, dass die Dorfbeflaggung resp. die verschiedenen Fahnen in einem sehr schlechten Zustand sind. Sie sind verwaschen, zerrissen und das Erscheinungsbild ist für Ostermundigen schlechte Werbung. Hat der Gemeinderat im Voranschlag 2009 einen Betrag für den Fahnenersatz vorgesehen?

- Seite 8 - Konto 110.311.10 Ankauf von Fahrnis

Gemeindeschreiberin Marianne Meyer: In diesem Konto wurde eine erste Tranche für den Fahnenersatz budgetiert. Das Budget 2010 wird eine zweite Etappe enthalten.

- Seiten 12 bis 14 - Konti 226.302.10, 226.351.10, 236.302.10, 236.351.10 Besoldungen

Lucia Müller (SVP): Als Mitglied der Schulkommission erlebe ich leider immer wieder, dass wir aufgrund der Bevölkerungsentwicklung Klassen schliessen müssen, so auch im laufenden Jahr. Ich frage mich, warum denn bei sinkenden Schüler- und damit Klassenzahlen diese Zahlen nicht rückläufig sind, sondern im Gegensatz noch ansteigend.

Da ich im GPK-Protokoll keine entsprechenden Antworten gefunden habe und annehme, dass die Antwort noch andere Parlamentsmitglieder interessieren könnte, erlaube ich mir, die zuständigen Personen um Präzisierung zu bitten.

Finanzverwalter Stefan Lanz: Die Lehrerbesoldung fällt unterschiedlich aus (Primarstufe, Sekundarstufe, Kindergarten etc.). Es wird nur eine Zunahme bei den Besoldungen „Primarstufe“ ausgewiesen. Die Berechnung der Besoldung basiert auf einer kantonalen Vorgabe: Budget nach Anzahl Schüler, Anzahl Klasse und Anzahl Einwohner. Die Gemeinde übernimmt 50 % des Lastenverteilers. Die kantonalen Grundlagen werden eingehalten.

- Seiten 28 bis 31 - Wasser- und Abwassertarife

Eduard Rippstein (CVP): Auf der Homepage des Preisüberwachers kann eine Kurzmitteilung „*Ostermundigen folgt den Empfehlungen des Preisüberwachers nicht*“ gelesen werden. Ein Bürger hat im Jahre 2009 die Tarife beanstandet. Der Preisüberwacher hat die Situation überprüft und dem Gemeinderat im März 2007 empfohlen, die Tarife um 20 % zu senken. Im August 2008 hat der Gemeinderat den Antrag des Preisüberwachers abgelehnt. Wir hätten dazu gerne eine Erklärung.

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Der Preisüberwacher ist von einer falschen „Ausgangslage“ ausgegangen. Die Entwicklungen „Rahmenkredit“ und „Werterhalt“ hat er falsch beurteilt. In diesem Zusammenhang ist eine Verzögerung eingetreten. Der Preisüberwacher ist zu Schluss gekommen, dass unser Gebührenreglement nicht angepasst werden muss.

Ratspräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Somit kann über das Budget 2009 abgestimmt werden. Der GGR fasst mit 30 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2009 werden wie folgt festgesetzt:
 - a. für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Vermögensgewinn) das 1,65fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - b. für die Liegenschaftssteuer 1,2 ‰ des amtlichen Wertes;
 - c. für die Wehrdienst-Ersatzsteuer 3,4 ‰ des Staatssteuerbetrages, höchstens Franken 200.--;
 - d. für die Hundetaxe Franken 100.-- pro Tier; Blinden- und Polizeihunde sind von der Taxe befreit.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2009 abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Franken 1'155'070 wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013; Genehmigung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Wir werden zuerst über die Botschaft diskutieren und anschliessend die Detailberatung vornehmen.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Uns ist kurzfristig ein Fehler im Finanzplan aufgefallen. Der Fehler hat keinen Einfluss auf das Endergebnis. Wir bitten Sie, die Seiten 57 und 59 auszuwechseln. Es wurden die Prioritäten 1 bis 3 anstelle der Prioritäten 1 und 2 berechnet. Priorität 3 stellt den Wunschbedarf dar. Das Eigenkapital würde noch stärker abgebaut. Wir bitten den Rat um Entschuldigung für das Versehen.

Walter Bruderer (FORUM): Wir werden auch den Finanzplan ablehnen. Uns ist klar, dass es wegen Aufgaben- und Finanzverschiebungen zwischen Kanton, Gemeinden und Dritten schwierig ist, in jeder Beziehung überzeugende Vergleiche anzustellen. Uns gibt aber zu denken, wenn zwischen 2008 und 2013 die Gesamtaufwände, wohlverstanden nur jene vom Steuerhaushalt um 5,9 % zunehmen und die Erträge (OHNE Steuern) nur um 5,6 %. Was bedeutet dies, sollte sich die Zunahme der Bevölkerung verzögern oder die geplanten Steuererträge nicht im erhofften Ausmass eintreffen?

Wenn wie prognostiziert bis ins Jahr 2018 1'720 Personen mehr in Ostermundigen wohnen, entspricht dies einer Bevölkerungszunahme von 11,5 %, d. h. durchschnittlich wenig mehr als 1 % pro Jahr. Zahlen 2/3 der steuerpflichtigen Neuzuziehenden (entsprechend 1'150 Haushalten) durchschnittlich die erhofften Fr. 4'000.-- Gemeindesteuern, so führt dies 2019 zu Steuerermehreinnahmen von 4,6 Mio. Franken oder durchschnittlich Fr. 420'000.-- mehr pro Jahr. Aus dem Vergleich der Gesamtrechnungen der Gemeinde der Jahre 2000 und 2007 ist ableitbar, dass allein der Gesamtpersonalaufwand - wohlverstanden bei damals stagnierender Bevölkerung - in acht Jahren um fast 4 Mio. Franken zugenommen hat, d. h. durchschnittlich um ca. Fr. 500'000.-- pro Jahr.

Spätestens für den nächsten Finanzplan erwarten wir vom Gemeinderat ein Worst-Case-Szenario, das aufzeigt, was zu unternehmen ist, sofern sich die Steuern nicht wie geplant entwickeln. Interessant in diesem Zusammenhang wären auch noch die Schlussfolgerungen zur Finanzkrise mit z. B. fallenden Spar- und Hypothekarzinsen und mit vielleicht mehr Arbeitslosen, Sozialfällen, Steuerabschreibungen, Konkursen und nicht eintreffenden Anschlussgebühren. Antworten hiezu können auch erst unter Traktandum Nr. 88 gegeben werden.

- Traurig ist, dass der Gemeinderat betreffend „Feuerwehr“ noch nicht gehandelt hat. Ist die Aufhebung der eigenen Feuerwehr geplant?

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

- Hätte die Stadt Bern gemäss Verkaufsvertrag nicht bereits einen Strafbeitrag bezahlen müssen, da bis heute auf dem Oberfeld noch nichts gebaut worden ist?
- Loben möchten wir jene Dienststellen, die sich seit Jahren redlich bemühen, ihre „Investitionsvorhaben“, wie seinerzeit vom Parlament verlangt, vollständig abzufassen.

Heinz Gfeller (FDP): Vielen Dank für das umfangreiche Werk. Die Finanzentwicklung ist äusserst bedenklich: Das Defizit der laufenden Rechnung soll sich in den nächsten fünf Jahren von 5 Mio. auf 1 Mio. Franken jährlich notabene zurückentwickeln. Buchwerte, die wie im 2009 realisiert werden können, sind keine mehr vorhanden. Da stellen sich mit allem Nachdruck die folgenden Fragen:

- Wie gedenkt der Gemeinderat Einfluss auf die Entwicklung der laufenden Rechnung zu nehmen?
- Was sieht der Gemeinderat vor, wenn sich die recht optimistischen Prognosen nicht erfüllen?
- Wie geht der Gemeinderat mit der Tatsache um, dass unsere Gemeinde punkto Steuerfuss je länger je mehr ins Hintertreffen kommt (im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden)?
- Was gedenkt der Gemeinderat mit der Entwicklung der Spezialfinanzierung „Feuerwehr“ zu machen? Sicherheit kann nicht durch zufällig gewachsene Redundanz gewährleistet werden, da braucht es intelligenteren Ansätze in der Region.

In unserer Fraktion finden wir mit der Ausnahme des Projekts „Behörden- und Verwaltungsreform“ keine Lichtblicke. Daraus kann zumindest die Hoffnung abgeleitet werden,

- dass die Konsequenzen der Ausgabenpolitik bereits bei der Entscheidungsfindung in Zukunft klar aufgezeigt werden;
- dass im Betrieb vorhandene Optimierungspotentiale effektiv einer guten Realisierung zugeführt werden können.

Mit diesen Annahmen wagen wir auch da, dem Finanzplan zuzustimmen.

Ernst Hirsiger (SVP): Titel meines Votums: „Zum Wachstum verdammt.“ Der vorliegende Finanzplan bereitet der SVP-Fraktion Bauchschmerzen. Es findet ein besorgniserregender Abbau des Eigenkapitals der Gemeinde statt. Betrug das Eigenkapital der Gemeinde am 31.12.2007 noch 13,5 Mio. Franken so sinkt es bis Ende 2013 kontinuierlich Fr. 519'912.--. Dies bei einer gleichbleibenden Steueranlage von 1,65 und einem zwingenden Wachstum der Wohnbevölkerung. Danach sollen sich die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde zum Guten wenden.

Für einen finanztechnischen Laien stellt sich die Frage, ob der Finanzplan bewusst pessimistisch gehalten ist, um allfällige Gelüste nach einer Steuersenkung im Keim zu ersticken. Ostermundigen hat ja einen der höchsten Steuersätze in der Agglome-

ration Bern. Oder ob er einfach nach dem Prinzip „Hoffnung“ gestaltet wurde. Beide möglichen Varianten vermögen mich als Parlamentarier nicht zu befriedigen.

Der Finanzplan basiert unter anderem auf der Prognose der Gemeindeentwicklung. Diese wiederum stützt sich auf ein Strategiepapier des Gemeinderates zur Gemeindeentwicklung ab, das bisher von keiner politischen Partei ernsthaft in Frage gestellt wurde. Ist das richtig? Was geschieht, wenn die erhoffte Gemeindeentwicklung nicht, wie vorgesehen, stattfindet, oder uns die Finanzkrise einen Strich durch die schöne Rechnung macht? Der Konjunkturrhimmel hat sich bereits massiv verfinstert. Das Gemeindeparlament trägt eine grosse Verantwortung, wenn wir den vorliegenden Finanzplan kritiklos durchwinken. Im Grunde genommen, müssten dem Gemeindeparlament verschiedene Finanzplanmodelle mit unterschiedlichen Szenarien zum Entscheid vorgelegt werden, damit eine echte Meinungsbildung stattfinden kann.

Die SVP-Fraktion kann dem vorliegenden Finanzplan 2009 bis 2013 nur mit grossen Bedenken zustimmen. Sie erwartet, dass der Gemeinderat bereit ist, mit Unterstützung der Informatik, Simulationsrechnungen mit geänderten Kennziffern (Einnahmen/Ausgaben/Investitionen) zum vorliegenden Finanzplan durchzuführen, um auf diese Weise besser auf veränderte Rahmen- und Umweltbedingungen reagieren zu können.

Synes Ernst (CVP): Ich möchte nicht wiederholen, was die Vorredner bereits erwähnt haben. Die Fraktion teilt die bereits gestellten Fragen. Auch uns bereitet die Feuerwehr Sorge. Regionale Lösungen müssen gefunden werden.

Erwähnenswert sind noch die Steuern. Es wird von den konjunkturellen Zuwächsen gesprochen. Uns interessieren ebenfalls die strukturellen Steuerzuwächse. Im Finanzplan bis 2013 sind solche strukturelle Steuerzuwächse vorzusehen, ansonsten leben wir nur vom auf und ab der Konjunktur und das finanzielle Korsett der Gemeinde bleibt eng. 3,5 % aufgrund von konjunkturellen Steuerzuwächsen ist sehr optimistisch betrachtet. Hoffentlich trifft dies auch so ein.

Rudolf Kehrli (SP): Nachdem der Voranschlag 2009 unter Dach und Fach ist, fahren wir weiter mit dem Zahlensalat. Es geht um den Finanzplan für die Jahre 2009 bis 2013 worin ganz verschiedenartige Investitionsvorhaben enthalten sind. In den zahlreichen Tabellen sind die wichtigen, dringenden Projekte aufgeführt (sie sind in der Priorität 1 + 2). Aber auch der Wunschbedarf (Priorität 3) auf weite Sicht ist enthalten (man muss eben an alles denken). Eingerechnet im Finanzplan sind aber nur die von der Dringlichkeitsstufe 1 und 2. Schon diese Projekte sind happig genug, man denke nur an die restlichen Kosten der Schulhaussanierungen.

Wie üblich ist die Liste der Bauvorhaben sehr umfangreich ausgefallen. Wenn man eine attraktive Gemeinde sein will, so muss den Einwohnenden eine gute Infrastruktur geboten werden. Natürlich ist auch die Entwicklung der laufenden Rechnung mit Einnahmen (Thema Steuerertrag) und Ausgaben sehr umfangreich beschrieben.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Der vorliegende Finanzplan basiert auf dem Budget 2009 und übernimmt gewisse Zahlen aus den früheren Finanzplänen, welche richtigerweise alljährlich angepasst werden (rollende Planung).

Die allermeisten Vorhaben im Finanzplan müssen noch vom Parlament genehmigt werden. Dann zumal kann man über Details diskutieren. Heute sind alle Zahlen noch Schätzungen, darum haben im Moment Diskussionen keinen Zweck und nützen nichts.

Die wichtigsten Aussagen des Finanzplans sind:

- So wie der Finanzplan uns vom Gemeinderat vorgelegt wird (man darf nicht vergessen, der Gemeinderat hat ihn so beschlossen und somit dahinter steht), ist er jedes Jahr defizitär. Ausser im Jahr 2009 sind keine Buchgewinne mehr zu verzeichnen, darum die grossen Defizite. Unser grosses Eigenkapitalpolster von heute mehr als 12 Mio. Franken schmilzt wie Schnee an der Sonne auf noch 1,7 Mio. Franken (vor der heutigen Korrektur waren es 500'000 Franken).
- So weit darf es der Gemeinderat natürlich nicht kommen lassen, da ist er mit guten Lösungen stark gefordert. Bei dieser Situation ist die anvisierte Steuersenkung auch vom Tisch.

Wir alle hoffen, dass ab 2013 (im letzten Finanzplan ist noch das Jahr 2011 vermerkt) die Situation besser werde.

Nach wie vor ist leider die Spezialfinanzierung „Feuerwehr“ ein Problemfall, sie ist und bleibt stark defizitär. Im letzten Jahr sagte ich zu diesem Thema, es sei noch ein "Mottfüür". Heute aber ist allen klar, sie ist in Vollbrand. Mit was löschen, da ist man sich ganz und gar nicht einig, da werden auf diesem Feuer hinter den Kulissen ganz verschiedene Sूपplein gekocht. Eines möchte ich zu Bedenken geben: Die Männer von der Feuerwehr (es sind übrigens auch Frauen dabei) haben Anrecht auf eine währschafte Suppe, die nicht versalzen sein darf .

Fazit: Aus diesen zusammen getragenen Fakten findet die SP den Finanzplan korrekt, vertretbar und wird ihm deshalb zustimmen.

Philippe Gerber (EVP): Viele Voten kamen mir vor wie Ansprachen auf Beerdigungen. Ich bin froh, dass ich einer positiv vorausblickender Partei angehöre. Ich finde es toll, dass bereits vorgängig 1,3 Mio. Franken eingespart werden konnten. Wenn bis ins Jahre 2013 alle Jahre wieder 1,3 Mio. Franken eingespart werden können, steigt das Eigenkapital um rund 8 Mio. Franken an. Die positiven Gedanken sollten wieder vermehrt in den Vordergrund gerückt werden.

Zum Begriff „Steuern“ möchte ich noch anfügen, dass es wirklich mühsam wird, immer wieder von Steuersenkungen zu sprechen. Grosse Abschreibungen, Schulhausanierungen und andere diverse grosse finanzielle Aufwände sind schon seit langer Zeit bekannt. Doch schon bei der ersten finanziellen Morgenröte wurden Aufforderungen zu Steuersenkungen offen ausgesprochen. Diese Personen sollten sich nun an der Nase nehmen und nicht im nachhinein jammern.

Wir sprechen immer davon, dass der Steuerfuss Einfluss auf den Neuzugang von guten Steuerzahlenden hat. Im „Der Bund“ wurde kürzlich eine Publikation einer Zürcher Studie veröffentlicht, welche Auskunft über den Finanzetat von Gemeindebürgerinnen und -bürgern gibt. Wie viel bleibt nach Abzug aller Ausgaben den Leuten im Portemonnaie? Einer Ostermundiger Familie bleibt mehr Geld in der Tasche, als einer Familie, welche in Muri wohnt. Und das obwohl unser Steuerfuss höher ist.

6

Ratspräsident: Zur Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit können wir kapitelweise die Detailberatung des Finanzplans vornehmen.

➤ Seite 9 - Konto Nr. 4117 Sanierung Fussweg Holenweg

Norbert Riesen (SP): Wenn ich den Finanzplan und die Beschreibung der Investitionen vergleiche, stelle ich eine kleine Verschiebung fest. Diese Investition ist als Priorität 2 vorgesehen. Die Planung erfolgt im Jahre 2009 (CHF 10'000) und die Ausführung im Jahre 2010 (CHF 100'000). In der Beschreibung der Investitionsvorhaben wird die Planung im Jahre 2010 und die Ausführung im 2011 vorgestellt. Vielleicht ist diese Verschiebung kleinlich. Doch mitnichten: Der Fussweg Holenweg ist seit Jahren ein Anliegen der SP (siehe Fotos in der Beschreibung) und eine Ausführung kann nicht erst im Jahre 2011 an die Hand genommen werden. Auch im Zusammenhang mit den Neubauten am Rütihoger ist eine möglichst schnelle Sanierung unumgänglich.

Walter Bruderer (FORUM): Ich habe zu einzelnen Investitionen einige Bemerkungen. Die Fragen habe ich den entsprechenden Gemeinderatsmitgliedern bereits vorgängig zukommen lassen. Es sind dies:

➤ Seite 5 - Konto 1.910 Neue Bahnhofunterführung

Der Gemeindepräsident hatte kürzlich 2 Mio. Franken für die behindertengerechte Zugänglichkeit zum Perron 2 erwähnt. Er könnte doch Frau Mantarro fragen - sie ist auf einen Rollstuhl angewiesen - wie viel der Treppenlift vom Erdboden hinauf zu ihrer Wohnung gekostet hat. Die Antwort: ein kleiner Bruchteil davon. Wie das Beispiel „Ittiger Bahnhof“ zeigt, wird der dortige Lift vom Bahnhofperron zur Fussgängerüberführung Richtung Ittiger Marktzentrum am Abend ab einer bestimmten Zeit wegen Vandalismus geschlossen.

➤ Seite 9 - Konto 4.113 Bernstrasse „Zollgasse-Bahnhofstrasse“

Warum müssen auch die Fassaden der Gebäude und die Kandelaber auf die vom Parlament verlangte Begrünung warten? Eine minimale Begrünung ist auch auf diesem Strassenabschnitt unerlässlich.

⁶ Liliane Schärer (SP) tritt um 18.00 Uhr der Sitzung bei. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

- Seiten 9 und 10 - Konti 4.114 Bernstrasse Ost (Mitteldorfstrasse - Blankweg) sowie 4.501 Umgestaltung Dreieck

Entweder muss zuerst die Planung fürs Tram vorliegen oder die Gemeinde hat jetzt verbindlich zu beschliessen, in welchem Strassenbereich das Tram fahren, halten und bei unaufholbaren Verspätungen (wo vor der Endstation) wenden würde.

- Seite 9 - Konto 4.119 Optimierung Bushaltestellen

Nur behelfsmässige Lösungen realisieren, bis die Tramlinienführung bekannt ist. Bei BernMobil ist zuerst ausschliesslich der Einsatz von Niederflurbussen zu verlangen.

- Seite 9 - Konto 4.120 Strassenentwässerungsanlagen

Ab wann und wie viel sinken die ARA-Gebühren, wenn das Strassenwasser nicht mehr der ARA zugeführt wird?

- Seite 10 - Konto 4.301 Worble Mühlekanal

U. a. wird der Denkmalschutz als Grund erwähnt. Das Wasserrad ist aber für Passanten nur interessant, wenn es tatsächlich im Betrieb ist. Nur für hausinterne Zwecke ist die Investition eindeutig zu hoch.

- Seite 10 - Konto 4.303 Lötchenbach Retention

Warum ist diese Problematik nicht bereits vor den erwähnten Änderungen (z. B. Folgen 3. Gleis und bewilligte Wasserzufuhr in den Lötchenbach) bekannt gewesen? Es kommen doch noch weitere hohe Investitionen dazu, oder täusche ich mich?

- Seite 51 - Konto 6.930 Autodrehleiter

Aus welchen Überschüssen der Feuerwehrrechnung soll die Leiter im Jahr 2012 bezahlt werden. Wo sind die verfügbaren Franken aufgeführt?

Heute Abend wurden mehrmals Bemerkungen zu Optimisten und Pessimisten geäussert. Dazwischen gibt es aber auch noch die Realisten! Ich zähle mich eher zu dieser Spezies.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Fragen von Walter Bruderer kann ich wie folgt beantworten:

- ① Neue Bahnhofunterführung

An der letzten GGR-Sitzung wurde der politische Vorstoss für den behindertengerechten Zugang an den Gemeinderat überwiesen. Wir gehen von der Idee einer definitiven Bahnhofunterführungssanierung aus. Vielmehr Informationen, als an der letzten Sitzung mitgeteilt, kann ich nicht bekannt geben. Die Zugänglichkeit soll für alle verbessert werden.

① Überbauung Oberfeld; Malus zulasten der Stadt Bern

Wir gewähren der Stadt Bern einen Bonus bei der Mehrwertabschöpfung, wenn innert fünf Jahren seit der Rechtskraft der Einzonung Oberfeld 10'000 m² Bruttogeschossfläche in Bau sind. Sollte dies der Fall sein, muss die Stadt Bern uns CHF 840'000.-- weniger Mehrwertabschöpfungsbeiträge ausrichten. Die Frist läuft noch (2006 in Rechtskraft erwachsen). Die Stadt verzögert dieses Geschäft nicht.

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Walter Bruderer hat einen ausführlichen Fragekatalog erstellt. Ich möchte die Beantwortung wie folgt vornehmen:

① Bernstrasse „Zollgasse - Bahnhofstrasse“

In diesem Strassenabschnitt ist nicht mehr eine Belagserneuerung, sondern lediglich eine Belagssanierung geplant. Vor allem die beiden Velospuren sind sehr uneben. Es werden keine Kandelaber verschoben. Im Zusammenhang mit den Fassaden muss die Gemeinde mit den Grundeigentümerschaften den Dialog suchen. Die Gemeinde kann keinen direkten Einfluss nehmen.

① Bernstrasse Ost (Mitteldorfstrasse - Blankweg)

Bis zum Bekanntwerden der Tramlinienführung werden in diesem Abschnitt ebenfalls keine Belagserneuerungen vorgenommen. Im Finanzplan wird die Strassensanierung für im Jahre 2013 ausgewiesen.

① Umgestaltung Dreieckanlage

Der Perimeter beinhaltet ebenfalls den Eingangsbereich zur Schulanlage Bernstrasse. Die heute gefährliche Verkehrssituation soll entschärft werden. Der Zugang ab der Bernstrasse auf den Schulhausplatz wird für den Verkehr gesperrt. Es ist ein Zugang ab der Mitteldorfstrasse geplant.

① Optimierung der Bushaltestellen

Die Optimierung der Bushaltestellen der Linie 10 wird sistiert, bis bekannt ist, wie die Tramlinienführung aussehen wird. Die Bushaltestellen der Linien 28 und 44 werden behindertengerecht gestaltet.

① Strassenentwässerungsanlagen

Das Wasser der Strassenentwässerung wird nach wie vor der ARA zugeführt. Die Kanäle werden repariert. Das Sauberwasser soll nicht mehr in die Strassenentwässerung einfließen. Eine Senkung der Gebühren ist momentan nicht absehbar. Wir wissen nicht, wie viel Schmutzwasser im Erdreich versickert und wie viel der ARA zugeführt wird. Wir hoffen, inskünftig nur noch schmutziges Wasser der ARA zuzuführen. Wir als Strasseneigentümerschaft sind analog allen Grundeigentümern verpflichtet, die Kanalisation an die neue Strassenentwässerung anzuschliessen.

① Worble; Mühlekanal

Dieser Kanal hat mit der Mühle nichts zu tun. Der Mühlekanal führt ins Hessgut und dieses Gebiet steht unter Schutz. Eventuell muss ein geschützter Baum gefällt und anderswo wieder angepflanzt werden.

① Lötchenbach Retention⁷

Dieses Bauvorhaben ist schon lange bekannt. Die Gemeinde Muri hat im Zusammenhang mit dem Ausbau des dritten Geleises ihren Teil saniert. Die Gemeinden Bern und Ostermundigen stehen in der Pflicht, das Lötchenbachufer auf ihrem Terrain ebenfalls zu sanieren.

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Ich möchte ein paar Worte zur Feuerwehr loswerden:

① Autodrehleiter (ADL)

Seit meiner 10 jährigen Amtsführung ist die ADL im Finanzplan enthalten. Es stellt sich primär die Frage, soll die ADL ersetzt werden oder nicht. Der Ernst der Lage ist seit langem erkannt. Im Jahre 2007 habe ich mich mit Frau Hayoz (Gemeinderätin Öffentliche Sicherheit der Stadt Bern) zu Gesprächen für eine mögliche Zusammenarbeit getroffen. Diese Gespräche wurden im 2008 weiter geführt. Es können sich nicht alle Beteiligten für eine enge Zusammenarbeit einstellen. Im Gemeinderat wurde eine Dreierdelegation (Zahler, Künti, Norton) gebildet, mit dem Ziel, zusammen mit dem Feuerwehrkommando die verschiedenen möglichen Varianten zu prüfen. Von Seiten Gemeinderat wurde kundgetan, dass die personelle Situation der Feuerwehr als besorgniserregend eingestuft wird. Vor 10 Jahren konnte auf über 100 Feuerwehrangehörige zurückgegriffen werden. Heute ist der Bestand bei knapp 70 Personen. Die Sicherheit kann nach wie vor gewährleistet werden.

Eine enge Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr und die gemeinsame Anschaffung einer ADL mit andern Gemeinden wurde weiterverfolgt. Im Finanzplan stehen noch genügend finanzielle Ressourcen für das Jahr 2009 zur Verfügung. Ab dem Jahre 2010 ist die Feuerwehrkasse leer. Der Gemeinderat und das Feuerwehrkommando haben daraufhin beschlossen, einen externen Berater beizuziehen. Ein ausführlicher Bericht resp. eine 10-Jahresplanung „personell, materiell, finanziell“ wurde

⁷ Wikipedia: **Retention** (lat. retentio = Zurückhalten) ist unter anderem ein Begriff aus der [Wasserwirtschaft](#): Zu unterscheiden ist zwischen gesteuertem Hochwasserrückhalt in Stauräumen, bei dem der Abfluss durch Steuerorgane geregelt wird, und der ungesteuerten Seerentention, bei der keine Steuerorgane wirksam sind und der Abfluss nur vom Wasserstand im Speicher (See) abhängt. Beides bewirkt eine Dämpfung von [Hochwasserwellen](#).

Unter Retention versteht man die ausgleichende Wirkung von Stauräumen auf den Abfluss in Fließgewässern.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

vom Berater und Feuerwehrkommando für Ende März 2009 in Aussicht gestellt. Die heutige Ersatzabgaben sollten ausreichen, um die nötigen Feuerwehrausgaben zu finanzieren.

Im Amtsbezirk Bern läuft ebenfalls ein „Feuerwehrprojekt“. Es steht die Koordination und Zusammenlegung der Feuerwehren im Vordergrund. Damit soll ein besserer Materialeinkauf bewerkstelligt werden können. Mit der Regierungsstatthalterin fand ebenfalls ein Gespräch statt. Auch sie möchte wissen, wie die Feuerwehr Ostermundigen in 10 Jahren aussieht.

Der GGR wird über die weiteren Absichten des Gemeinderates zum Thema „Feuerwehr“ auf dem laufenden gehalten.

Ratspräsident: Zum Finanzplan liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die sachlichen und interessanten Beiträge. Von einem Teil des Rates wurde Besorgnis betreffend die Gemeindefinanzen angemeldet. Andere Mitglieder setzen auf positives Denken. Beide Aspekte sind richtig. Der Gemeinderat zeigt sich nicht erfreut über den aktuellen Finanzhaushalt. Änderungen sind nicht möglich. Es besteht Handlungsbedarf. Im Zusammenhang mit der anstehenden Legislaturplanung sind Massnahmen aufzunehmen. Die finanzielle Situation ist in den Griff zu bekommen. Das Parlament wird zu gegebener Zeit wieder informiert.

Zur Steueranlage möchte ich noch anmerken, dass Ostermundigen infolge der geringen Ertragskraft einen hohen Steuerfuss anwendet. Auch an diesem Steuerfuss will der Gemeinderat arbeiten und eine Annäherung an den Steuerfuss der Stadt Bern resp. Köniz soll ins Auge gefasst werden. Wie Philippe Gerber bereits erwähnt hat, wurde in einem Rating der Credit Suisse belegt, dass in Ostermundigen trotz hohem Steuerfuss finanziell besser gelebt werden kann, als in anderen Gemeinden.

Ratspräsident: Über den Finanzplan kann nun abgestimmt werden. Der GGR fasst mit 30 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Finanzplan für die Jahre 2009 bis 2013 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Gemeindebaureglement (GBR): Neuer Artikel 57 a betreffend Nutzungserhöhung bei energieeffizientem Bauen - Genehmigung

Ratspräsident: Tangiert ist lediglich eine Abänderung von Artikel 57 a. Eine umfassende Reglementsbehandlung ist nicht notwendig. Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Das den Ratmitgliedern auf den Tisch gelegte Blatt möchte ich kurz erläutern:

- Die Tabelle zeigt, dass sich die Nutzungserhöhung von 10 % auf die einzelnen Gebäude sehr ungleich verteilt.
- Der darunter liegende Text (= Teil der FORUM-Stellungnahme) zeigt, dass der Vorschlag für den Art. 57 a nicht alle Parteien begeistert hat.
- Das Baugesuch betrifft Haus Nr. 1
- Die Publikationen (Bild und Text) der Bauherrschaft.

Die Forderung, dass energieeffizient gebaut werden muss, sollte man in allen Überbauungsordnungen und im Baureglement als Grundsatz aufnehmen und nicht speziell honorieren. Vom Kanton sind bekanntlich Förderbeiträge für energiesparendes Bauen erhältlich.

Die Bauherrschaft hat - aus ihrer Sicht nachvollziehbar - nach Optimierungsmöglichkeiten für den Verkauf gesucht. Was sie jetzt mit dem neuesten Baugesuch verlangt, stimmt aber mit der Botschaft an die Stimmberechtigten nicht überein; sie geht zu weit. Vor der Abstimmung vom 12. Februar 2006 hat das Volk aus der Botschaft erfahren, was ein „Ja“ für den Landverkauf für Folgen hat. Nur in Kenntnis vom damaligen Grobprojekt hatten wir der Rüti-Bevölkerung ein „Ja“ zum Landverkauf empfohlen.

Durch die im Baugesuch angestrebte Nutzungserhöhung würde die Wohnqualität für viele heutige Rütibewohnenden völlig unnötig verschlechtert (siehe Baupublikation auf unserem Infoblatt). Wenn die Liegenschaft Terrassenrain 1 um ein Stock erhöht wird, so hat dies gravierende Auswirkungen auf die dahinterliegenden Liegenschaften. Dies wollen wir vermeiden.

Wir lehnen den Artikel 57 a ohne einen neuen Absatz 4 ab. Damit wollen wir erreichen, dass die Wohnqualität der bisherigen Anwohnenden einer Bauparzelle nicht verschlechtert werden darf, und zwar egal wo, nicht nur auf dem Rütihoger. Der **Änderungsantrag Nr. 1** für einen Absatz 4, der bei Ablehnung zu Einsprachen gegen das zurzeit laufende Baugesuch fürs Gebäude mit der Nr. 1 führen wird, lautet:

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Artikel 57 a - neuer Absatz 4:

Zugelassene Nutzungserhöhungen dürfen keinesfalls zu Lasten der Wohnqualität der heutigen Anwohner erfolgen.

Wir beantragen auch, die Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 44 Abs. 3 der GO des GGR durchzuführen.

Ob die Formeln vom vorgeschlagenen Artikel 57a bei jeder Parzellengrösse zu sinnvollen Ergebnissen führt, lassen wir offen. Wir empfehlen jedenfalls, diese Formeln anhand von mehreren Beispielen noch zu überprüfen.

Heinz Gfeller (FDP): Besten Dank, Walter Bruderer, für die ausführlichen Unterlagen. Ich möchte allen zu bedenken geben, dass in der Gemeinde Ostermundigen niemand das „Recht auf Aussicht“ hat. Wer dieses Recht geltend machen will, muss entsprechend das Land erwerben.

Christian Zeyer (SP): Die SP-Fraktion stimmt der Veränderung von Artikel 57 a GBR zu. Im ganzen Energiebereich ist dies eine der wenigen Möglichkeiten, energiegerecht zu bauen. Das Parlament sollte diese Änderung annehmen. Die Gemeinde Ostermundigen wird damit im Energiestadttrating zusätzliche Punkte erreichen. Im kantonalen Minergierating werden wir in der Rangliste einen grossen Sprung weg vom Tabellenende machen können. Vielleicht werden wir eine grössere Siedlung mit dem Minergie-P-Standard einrichten können. Das Geschäft stellt PR für die Gemeinde dar.

Walter Bruderer vermischt mit seinem Änderungsantrag „Äpfel und Birnen“. Die Verschiebung von Quadratmetern hat nichts mit Quotient von minergiegerechtem Bauen zu tun. Im Rahmen einer ZPP oder UeO können Verschiebungen von 27 % vorgenommen werden. Ich kann verstehen, dass die Anwohnenden an den Terrassenrain nicht begeistert sein werden. Doch dies hat nichts mit dem 10 prozentigen Flächen Gewinn zu tun.

Das Oberfeld als wichtiges Entwicklungsgebiet der Gemeinde Ostermundigen wird von der Stadt Bern mit den Bedingungen veräussert, dass die Minergienormen zur Anwendung kommen. Wird der Artikel 57 a abgelehnt, so kann die Stadt Bern keine Nutzungserhöhung für energieeffizientes Bauen vornehmen. Dies wird mehrere Jahre Bauverzögerung mit sich bringen und das wird der Gemeinde Ostermundigen nicht dienlich sein.

Beat Weber (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt das Geschäft. Fakt ist, dass beim Bauen nach Minergiestandard durch die erhöhte Wärmedämmung die Aussenwände im Querschnitt dicker werden. Die Nettowohnfläche wird kleiner. Somit würde der Hauseigentümerschaft ein Nachteil entstehen und die Haussanierung nicht ohne weiteres an die Hand genommen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, auf der einen Seite für die Hauseigentümerschaft Anreize zu schaffen. Auf der anderen Seite sollen dem Gewerbe, der Umwelt und dem Erscheinungsbild der Gemeinde Rechnung getragen werden.

Synes Ernst (CVP): Auch die CVP-Fraktion unterstützt den neuen Gemeindebau-reglementsartikel 57 a. Über einzelne Baugesuche können wir heute Abend nicht entscheiden. Dies wird letztendlich Sache der Baukommission sein.

Rahel Wagner (EVP): Meine Frage an das FORUM: Was ist wichtiger - Sorge zur Umwelt zu tragen, oder die Aussicht und damit verbunden die Wohnqualität? Wir müssen heute anders denken! Was dient unserer Umwelt. Im Absatz 3 wird klar festgehalten: *„Vorbehalten bleibt in jedem Fall das Einhalten der übrigen baupolizeilichen Masse.“*

Wenn in einer Bauzone drei Stöcke erlaubt sind, so können nur drei und nicht vier Stöcke gebaut werden. Höher als die Wohnzone vorschreibt, darf nicht gebaut werden. Die EVP-Fraktion wird dem Artikel zustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich kann die Einwände nachvollziehen. Ich habe nichts gegen das energieeffiziente Bauen eingewendet. Ich möchte, dass die Firma Bindella versucht, die drei in Bau befindlichen Liegenschaften kombiniert zu bauen. Die 10 Prozent können geltend gemacht werden, Jedoch soll dies nicht an der obersten Liegenschaft umgesetzt werden.

Gegen die ersten drei Absätze von Artikel 57 a habe ich keine Einwände. Die Wohnqualität soll der neuen Anwohnerschaft gegönnt sein. Doch auch die bisherigen Anwohnenden sollen ihre Wohnqualität beibehalten können. Diesem Umstand sollte Rechnung getragen werden.

Die Liegenschaften auf der Rüti wurden vor rund 35 Jahren gebaut. Damals wurde auf dem Oberfeld noch in grossem Stil geschossen. Ich bitte den Rat, die Angelegenheit zu kombinieren. Die Firma Bindella soll in keiner Weise behindert werden.

Christian Zeyer (SP): Das Bevölkerungsforum hat aufgezeigt, dass keine Neueinzonungen gewünscht werden. Mit sogenannten ZPP's (Zonen mit Planungspflicht) soll versucht werde, innerhalb der Gemeinde Aufstockungen zu erreichen. Dabei sollen städtebaulich gute Projekte bevorzugt behandelt werden. Jetzt entsteht eine Chance, Personen in alten Wohnungen in neue, schöne und mit erhöhter Wohnqualität lebende, in neue Wohnungen umzuplazieren. Auch dieser Aspekt ist bei der Gemeindeentwicklung zu beachten.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Beim Votum von Christian Zeyer handelt es sich um eine zusätzliche Idee. Diese Idee wird in den „Leitlinien zur Siedlungsentwicklung“ im Rahmen der Revision zur Ortsplanung zum Zuge kommen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Jetzt geht es darum, den gemeinderätlichen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Ich bitte den Rat, den Antrag von Walter Bruderer nicht zu unterstützen.

Der Gemeinderat verfolgt zwei Ziele. Zum Ersten soll das energiegerechte Bauen in Ostermundigen gefördert werden und zum Zweiten sollen bei Sanierungen in bestehenden Quartieren gewisse Anreize geschaffen werden. Alles können wir nicht haben. 10 Prozent mehr Nutzung bedeutet, dass wir 10 Prozent näher zum Nachbarn kommen.

Bei der Überbauung „Terrassenrain“ will die Bauherrschaft von diesem Nutzen profitieren. Das eingereichte Baugesuch sieht diesen neuen Artikel 57 a für energieeffizientes Bauen vor. Die UeO wird nicht abgeändert und die Bauherrschaft kann nicht höher als festgelegt bauen. Die Nutzung der maximalen Bruttogeschossfläche inkl. den 10 % Nutzungsfläche kann ausgeschöpft werden.

Die Anliegen von Walter Bruder sind legitim. Diese Themen wägt die Baukommission bei allen Baugesuchen ab. Gewisse Beeinträchtigungen für die Nachbarschaft sind unvermeidlich. In der Rüti hat zwischen der Bauherrschaft und der Nachbarschaft vorgängig eine Besprechung stattgefunden. Es durfte ein gutes Klima festgestellt werden. Ich bitte das Parlament, den gemeinderätlichen Antrag unverändert zu überweisen.

Ratspräsident: Von Walter Bruderer liegen zwei Anträge vor. Er verlangt die Abstimmung unter Namensaufruf (Art. 44 Abs. 3 GO GGR).

A b s t i m m u n g :

Der Antrag ist nicht mehrheitsfähig. Lediglich 3 Ratsmitglieder verlangen die Abstimmung unter Namensaufruf.

Ratspräsident: Der GGR hat ebenfalls über den **Änderungsantrag Nr. 1** zu befinden. Der Wortlaut von

Artikel 57 a - neuer Absatz 4:

Zugelassene Nutzungserhöhungen dürfen keinesfalls zu Lasten der Wohnqualität der heutigen Anwohner erfolgen.

A b s t i m m u n g :

Der **Änderungsantrag Nr. 1** wird mit 31 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Ratspräsident: Über den neuen Artikel 57 a GBR kann die Schlussabstimmung vorgenommen werden. Der GGR fasst 33 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der neue Gemeindebaureglementartikel 57 a betreffend Nutzungserhöhung bei energieeffizientem Bauen wird genehmigt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

----- 10 minütige Pause -----

84 10.372 Motionen
30.114 Reklamegesuche

Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für die Mundiger Vereine; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Schaffung von mehr öffentlichen Werbeflächen für die in Ostermundigen ansässigen Vereine zu sorgen.

Begründung

Was in den umliegenden Gemeinden gang und gäbe ist, soll auch in Ostermundigen Realität werden. Ortsansässige Vereine, Parteien und sonstige Organisatoren von nicht professionellen Anlässen sollen die Gelegenheit erhalten, an möglichst vielen neuralgischen Punkten in der Gemeinde Werbung für ihre Anlässe/Begehren zu machen.

Ob Flohmärit, kirchliches Konzert, Ausstellung, Teenager Party oder öffentlicher Parteianlass, kein kleben von Plakaten/Flyers mehr mit der Gefahr einer Busse wegen illegalem Plakatieren!

Dem Gemeinderat ist freigestellt, welche Art von Flächen er zur Verfügung stellen will. Ob Plakatwände, Aushängkästen oder Litfasssäulen, Hauptsache die jetzige unbefriedigende Situation mit zuwenig Werbefläche wird verbessert.

eingereicht am 31. Oktober 2008

sig. A. Thomann	R. Wiedmer	R. Unteregger
M. Stäheli Ragaz	R. Schär	A. Dogan
R. Mahler	C. Zeyer	R. Moser
R. Kehrli	N. Riesen	

Andreas Thomann (SP): In der Gemeinde Ostermundigen hat sich die Möglichkeit für das Anbringen von Werbebotschaften in den letzten Jahren stark verändert. Auf der einen Seite kann eine Zunahme der kommerziellen Werbung festgestellt werden, andererseits verschwinden die traditionellen Aushangplätze z. B. bei Bushaltestellen zusehends. Früher standen Kästen, mit Glasscheiben versehen, für Werbeplakate zur Verfügung. Diese traditionellen Werbestandorte sind im Laufe der Zeit verschwunden. Aus diesem Grunde habe ich den Vorstoss eingereicht. Mit der Unterstützung des Rates hoffe ich, dass wir eine Verbesserung erzielen können. Der Moti-onstext ist allen bekannt.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Der Gemeinderat ist bereit, die eingereichte Motion entgegen zu nehmen. Seit längerer Zeit erarbeitet der Gemeinderat ein Konzept für die Plakatierung in der Gemeinde Ostermundigen. Das Ziel besteht darin, vor allem das Anbringen von Fremdreklame und die Standorte für die Plakatwerbung in der baurechtlichen Grundordnung verbindlich zu regeln. Wie aus den zur Mitwirkung aufgelegten Unterlagen hervorgeht, wurde auch die Frage der Kulturwerbung in diesem Konzept aufgenommen. Die Idee, öffentliche Anschlagstellen für kulturelle und andere Veranstaltungen an prominenten Standorten zur Verfügung zu stellen, wurde ernst genommen. Das Geschäft wird letztendlich auch der Kulturkommission unterbreitet. Der Gemeinderat ist bereit, Anzahl und Standorte dieser Kulturwerbflächen aufgrund der vorliegenden Motion vor der öffentlichen Auflage des Reklameartikels noch einmal zu überprüfen. Standorte, welche dem Reklamekonzept entsprechen, können bereits heute realisiert werden, soweit die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens wird der Gemeinderat auch die Kosten der Bewirtschaftung der Anschlagstellen ermitteln und die verwaltungsinternen Zuständigkeiten für deren Betreuung regeln. Er wird das Parlament im Rahmen der Beantwortung und Abschreibung der Motion über die bereits realisierten Anlagen informieren.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt diesem politischen Vorstoss zu. Es ist ein Anliegen der Gemeinde, dass so etwas gut verkauft wird. Der Werbekasten bei der Bushaltestelle „Wegmühlegässli“ ist kein Aushängeschild. Eine Demontage ist angebracht. In Bolligen steht im Dorfzentrum ein wunderbarer Kasten. Jeder Verein kann dort seine Vereinsinformationen publik machen. In unserer Gemeinde sollte ebenfalls etwas Ansehnliches installiert werden.

Renate Bolliger (EVP): Die EVP-Fraktion stimmt der Motion ebenfalls zu. Auch ich ärgere mich bereits seit Jahren, dass nirgendwo in der Gemeinde Flyers angeschlagen werden können. Wir haben so viele gute Veranstaltungen in Ostermundigen, welche einen guten und vandalensicheren Informationsstandort verdienen.

Ratspräsident: Über die Motion kann abgestimmt werden. Der GGR fasst 29 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend „Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für die Mundiger Vereine“ wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

85 10.372 Motionen
10.11 Reglemente Gemeinde
10.1121 Büromaterial

Motion SP-Fraktion betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig; Begründung

Wortlaut

Das Beschaffungsreglement der Gemeinde ist so zu ändern, dass bei zukünftigen Beschaffungen, insbesondere bei grösseren Beschaffungen und bei Rahmen- und Systembeschaffungen Energie- und Umweltaspekte in die Pflichtenhefte einfliessen müssen.

Begründung

Im Rahmen der Besprechung des Berichtes des ICT-Konzeptes musste festgestellt werden, dass das Thema „Energieverbrauch“ im Pflichtenheft des Konzeptes nicht erwähnt wurde und die Projektverantwortlichen sich dazu bisher wenig Gedanken gemacht haben.

Unter Berücksichtigung der Tatsache dass:

- *Ostermundigen als Energiestadt gegenüber Energiefragen sensitiv sein sollte;*
- *Strom die wertvollste Energieform ist;*
- *der Stromverbrauch in der Schweiz kontinuierlich ansteigt;*
- *der ICT Bereich bereits etwa 2 % des Energieverbrauchs ausmacht und mit zweistelligen %- Raten wächst;*
- *und Energiesparmassnahmen am besten umgesetzt werden können, wenn Energiefragen bereits im Rahmen der Konzeptionisierung berücksichtigt werden;*

darf dies nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass im Rahmen der Beschaffung Energie- und Umweltfragen frühzeitig einbezogen werden. Dies deckt sich im Übrigen auch mit den Forderungen des Energiestadtkatalogs.

eingereicht am 31. Oktober 2008

sig. C. Zeyer
A. Dogan
R. Mahler
A. Thomann

R. Kehrli
L. Schärer
N. Riesen
M. Stäheli Ragaz

M. Neuenschwander
R. Schär
R. Wiedmer

Christian Zeyer (SP): Die Entstehung dieses Geschäftes ist logisch. Die CVP-Fraktion hat uns vorgeworfen, dass wir bei der Vergabe der EDV-Anlage für die Schulen die Spielregeln ändern wollten. Wir haben eine Motion eingereicht, welche erreichen will, dass dieser Missstand verhindert wird. Nachhaltig beschaffen bedeu-

tet, die Fragen rechtzeitig stellen. Wer Umweltleistungen günstig einkaufen will, muss der vorliegenden Motion zustimmen.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Der Gemeinderat legt seit Jahren grossen Wert darauf, dass in möglichst allen Arten von Ausschreibungen die Kriterien, welche die Nachhaltigkeit (Umweltschutz, Energieeffizienz) fordern, gebührend berücksichtigt werden. Die im Fachausschuss für Bau und Umweltfragen (FABU) koordinierten Abteilungen (Präsidial, Hochbau, Tiefbau, Gemeindebetriebe und Öffentliche Sicherheit), welche den überwiegenden Anteil der Beschaffungen in der Gemeinde umsetzen, erledigen diese Arbeit mit professioneller Unterstützung sowohl der Ostermündiger Umweltberatungsstelle als auch der Energieberatungsstellen unter Anwendung der heute vorhandenen Kriterien zur Nachhaltigkeit.

Im vorstehenden Sinn sind aus der Reihe der VRB-Richtlinien betreffend „Ökologie am Bau“ die Hefte „Hochbau“ und „Energie“ vom Gemeinderat für unsere Gemeinde als verbindlich erklärt worden. Die Hefte „Umgebung“ und „Reinigung von Gebäuden und Textilien“, welche sich in der Phase der Fertigstellung befinden, sowie das Heft „Tiefbau“, welches in Arbeit ist, werden von der Exekutive voraussichtlich analog wie die beiden bereits genehmigten Hefte behandelt werden. Vor allem in den Bauabteilungen wird das Thema „Nachhaltigkeit“ sehr ernst genommen, indem keine Beschaffungen mehr ohne Integration der Randbedingungen zur Nachhaltigkeit umgesetzt werden. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Abteilung Hochbau in der VRB-Arbeitsgruppe, welche die Hefte zur „Ökologie am Bau“ erarbeitet, ebenfalls seit Jahren mit einem Mitarbeiter vertreten ist und die Gemeinde dadurch stets über alle Informationen aus erster Hand verfügen.

Es ist möglich, dass bei einzelnen Beschaffungen, welche von Abteilungen, die sehr selten für das Ostermündiger Gemeinwesen beschaffen, die Kriterien des Umweltschutzes und der Energieeffizienz nicht oder zu wenig berücksichtigt werden. Dies war zweifelsohne auch bei der Ausschreibung des ICT-Konzepts der Fall. Erwähnenswert ist, dass bei dieser Ausschreibung das Verfahren nach dem komplexen System „HERMES“ abgewickelt worden ist.

Der Gemeinderat hat die gemeindeeigene Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 19. August 2003 vorwiegend aus rechtlichen Gründen und wegen des unverhältnismässigen administrativen Aufwandes per 30. Juni 2006 ersatzlos aufgehoben. Die öffentlichen Beschaffungen richten sich seit diesem Zeitpunkt nach den Bestimmungen und den Schwellenwerten von Bund und Kanton. Aus diesem Grund kann nicht wie in der Motion verlangt wird, das Beschaffungsreglement der Gemeinde geändert werden, weil es gar kein solches Reglement gibt.

Der Gemeinderat ist bereit, eine eigene, verwaltungsübergreifende Richtlinie auszuarbeiten, welche sich an den Vorgaben und der Praxis des übergeordneten Rechts von Bund und Kanton orientiert. Darin sollen auch die von Beschaffungen wenig betroffenen Verwaltungsabteilungen verpflichtet werden, die Anliegen von Umwelt und Energieeffizienz in allen zukünftigen Ausschreibungen gebührend einfließen zu lassen. Dies wird insbesondere damit erreicht, dass alle Abteilungen (analog den Bauabteilungen) entsprechende Bedingungen und Standards definieren, welche bei den

zukünftigen Beschaffungen angewendet werden müssen. Die Exekutive ist der Ansicht, dass damit die Anliegen der Motion vollumfänglich erfüllt sind.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass nach Ansicht des Gemeinderates Nachhaltigkeit nicht nur durch Umwelt- und Energievorgaben sichergestellt wird, sondern dass ebenfalls die sozialen Kriterien (Ausbildung von Lernenden, bezahlte Steuern und Sozialabgaben, unterzeichnete Gesamtarbeitsverträge, etc.) wie sie in der Ostermundiger für alle Beschaffungen obligatorischen „Selbstdeklaration“ ausformuliert sind, dazugehören.

Lucia Müller (SVP): Nicht alles ausdrücklich Ausgewiesene ist energiefreundlich und energieeffizient. Wenn ich etwas neues einkaufe, erwarte ich von dem Produkt, dass dieses den neusten Energievorschriften entspricht. Wenn neue PC für die Schule beschafft werden, so haben diese neuen Geräte der Energieeffizienz zu entsprechen. In der Ausschreibung kann auf einen entsprechenden Verweis verzichtet werden.

Dass das Beschaffungsreglement kein gemeindeeigenens Reglement ist, war auch der SVP-Fraktion bekannt. Wir können der vorliegenden Motion inhaltlich nicht zustimmen. Ein Vertreter soll beim VRB die notwendigen Anpassungen beim Beschaffungsreglement einfordern. Dementsprechend kann die Motion in ein Postulat abgeändert werden.

Christian Zeyer (SP): Liebe Lucia, leider ist es nicht so und die SVP sorgt auf nationaler Ebene dafür, dass der gewünschte Fall nicht eintritt. Beim Kauf der neusten Geräte ist nicht garantiert, dass die entsprechenden Standards eingehalten werden. Die „berühmten Energieetiketten“ sind praktisch auf jedem Gerät aufgeklebt. Wenn die Gemeinde Ostermundigen elektronische Geräte einkauft, kann dies nicht mit dem Einkauf einer Bürgerin oder eines Bürgers verglichen werden. Der Computer A und der Computer B können nicht wegen ihres Elektroverbrauchs verglichen werden. Bei der Beschaffung der ICT-Infrastrukturanlage sind die unterschiedlichen Eigenschaften resp. Energieverbräuche nicht direkt mit einander vergleichbar. Deshalb ist es wichtig, dass bei der Beschaffung und Evaluation ein Konzept vorliegt und die Werte festgelegt werden. So kann es sein, dass nicht die Beste, sondern die Zweitbeste Komponente eingekauft wird. Diese wichtige Notwendigkeit ist im Pflichtenheft festzuhalten.

Ich kann nicht darauf eingehen, dass die Motion abgeschrieben wird und ich kann ebenfalls einer Umwandlung in ein Postulat nicht zustimmen. Irgendwo müssen diese wichtigen Anliegen festgehalten werden. Wir können warten, bis die entsprechenden Vorschriften vorliegen.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Ein sogenanntes „Beschaffungsreglement“ hat die Gemeinde Ostermundigen nicht mehr. Die Motion mit dem vorgeschlagenen Wortlaut kann in dieser Form nicht angenommen werden. Richtlinien mit dem gewünschten Inhalt kann der Gemeinderat erlassen. Der Motionstext müsste in diesem Fall angepasst werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Im Zusammenhang mit dem VRB möchte ich noch anfügen, dass ein Vertreter des Hochbauamtes in der Arbeitsgruppe „Ökologie am Bau“ seit mehreren Jahren mitwirkt. Die Informationen stehen somit aus erster Hand zur Verfügung.

Christian Zeyer (SP): Wie das Schriftstück letzten Endes heisst - ob Reglement oder Richtlinie - ist mir egal. Die Motion kann nicht abgeschrieben werden, da ein entsprechendes Reglement oder allenfalls eine Richtlinie heute noch nicht vorhanden ist. Ich schlage deshalb einen neuen **Wortlaut** vor:

Es ist eine Richtlinie zu erlassen, dass bei zukünftigen Beschaffungen, ...

Lucia Müller (SVP): Die Änderung des Wortlauts finde ich gut. Es ist nur schade, dass die Motion behördlich nicht weiter oben deponiert wird. Somit ist das Anliegen nur auf unsere Gemeinde bezogen. Der Auftrag hätte dem VRB eingebracht werden sollen und dieser hätte dann eine regionale resp. kantonale Lösung erarbeiten können.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Über die Motion mit abgeändertem Wortlaut kann abgestimmt werden. Der GGR fasst 29 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion der SP-Fraktion betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

86 10.374 Interpellationen
13.503 Mittagstisch

Interpellation SP-Fraktion betreffend wie weiter mit dem Mittagstisch in Ostermundigen?; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Der Mittagstisch Ostermundigen muss spätestens per August 2009 seinen derzeitigen Standort in den Räumlichkeiten der reformierten Kirche verlassen. Im Jahr 2000 wurde diese Lösung für ein Provisorium von zwei Jahren eingerichtet. Nach mehrmaligen Vertragsverlängerungen hat jetzt die Kirche den Mietvertrag definitiv gekündigt.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wie erklärt sich der Gemeinderat, dass bis heute kein neuer Standort für den Mittagstisch gefunden worden ist, obwohl seit 8 Jahren bekannt ist, dass das Provisorium in der reformierten Kirche eine definitive Anschlusslösung braucht?*
- 2. Inzwischen drängt die Zeit. Welche Lösung kann der Gemeinderat dem Mittagstisch bzw. den betroffenen Eltern als Alternativstandort anbieten, um einen nahtlosen Betrieb gewährleisten zu können?*

Begründung / Fragen

Auf Grund eines überparteilichen Vorstosses wurde in Dezember 1999 die Schaffung eines Mittagstisches in Ostermundigen beschlossen und im Jahr 2000 in den Räumlichkeiten der reformierten Kirche eingerichtet. Im Mietvertrag wurde bereits damals vermerkt, dass es sich um ein Provisorium für höchstens zwei Jahre handelte.

Nach der Kündigung seitens der Kirche im vergangenen März ist nun klar, dass der Mittagstisch Ostermundigen spätestens per August 2009 einen neuen Standort braucht. Nachdem die Betreuerinnen des Mittagstisches immer wieder auf diese Problematik hingewiesen haben, stellt sich nun die dringende Frage, wie der Gemeinderat die Weiterführung seines gemeindeeigenen Mittagstisches gewährleisten kann.

Der Mittagstisch ist ein notwendiges, niederschwelliges Betreuungsangebot in unserer Gemeinde, das sich vom Angebot und von der Zielgruppe einer Tagesschule unterscheidet. Hauptunterschied ist die Flexibilität, mit welcher der Mittagstisch kurzfristig Kinder aufnehmen kann. Für viele Eltern ist der Mittagstisch eine zwingende notwendige Einrichtung. Das zeigen auch die bisherigen und aktuellen Belegungszahlen: Der Mittagstisch betreut an Spitzentagen 20 bis 22 Kinder. Zurzeit sind mehr als 30 Kinder angemeldet.

eingereicht am 30. Oktober 2008

sig. R. Unteregger	M.A. Baumann	L. Schärer
N. Riesen	C. Zeyer	A. Thomann
M. Stäheli Ragaz	M. Neuenschwander	R. Moser
R. Kehrli	R. Wiedmer	A. Dogan
	R. Schär	B. Schröter

Regula Unteregger (SP): Ich verzichte auf Ergänzungen.

Gemeinderat Urs Rüedi (SVP): Ich kann die folgende Beantwortung verlesen:

Zu Frage 1

Der Mittagstisch wurde im Jahr 2000 eröffnet. Nach ca. zwei Jahren kam der Mittagstisch in der Schule Rüti dazu. Dieser wurde aber bereits nach einiger Zeit wegen zu geringem Interesse wieder geschlossen.

Unklar war mit der Eröffnung der Tagesschule in der Schulanlage Mösli, ob dies auch auf die Kinderzahlen beim Mittagstisch Auswirkung haben wird. In den Jahren 2005 und 2006 verringerte sich die Zahl der Kinder. Seit dem Jahr 2007 besteht wieder ein starker Zulauf beim Mittagstisch. Aktuell besuchen 31 Kinder den Mittagstisch, auf die sich rund 180 Mittagessen im Monat verteilen.

Mit den Räumlichkeiten innerhalb der reformierten Kirche waren die Leiterinnen des Mittagstisches mehr oder weniger zufrieden. Die Räume wurden in den ersten Jahren seitens der Kirche weniger genutzt, was sich allerdings in letzter Zeit stark geändert hat. Sie werden heute von der reformierten Kirche ebenfalls stark frequentiert und sollen in Zukunft der Kirche zur Alleinbenützung dienen. Die reformierte Kirche hat der Gemeinde die Räume deshalb auf Ende Schuljahr 2008/2009 gekündigt

Wie bereits zu einem früheren Zeitpunkt an dieser Stelle kommuniziert, könnte das Angebot „Mittagstisch“ ab Schuljahr 2009/2010 in das Angebot der „Tagesschule“ überführt werden. Da dafür zurzeit nur die Tagesschule Rüti in Frage kommen würde, hat sich die Abteilung Vormundschaft/Justiz aus nachfolgenden Gründen für eine Übergangslösung im Bereich Schulhaus Bernstrasse entschlossen:

1. Das heutige Angebot „Mittagstisch“ ist absolut zentral gelegen und die Benutzenden würden zu einem rechten Teil nicht den Weg ins Rütischulhaus auf sich nehmen.
2. Das heutige Angebot ist sehr niederschwellig. Gemäss Abteilung Bildung, Kultur, Sport (BKS) ist dies unter der neuen „Schirmherrschaft“ so in Zukunft nicht mehr möglich.
3. Die Eröffnung einer Tagesschule im Schulhaus Bernstrasse kann frühestens auf das Schuljahr 2010/11 erfolgen, es gäbe also im Bereich Bernstrasse während mindestens zwei Jahren kein Beetreuungsangebot mehr.

4. Gemäss Abteilung BKS ist es fraglich, ob 20 Mittagstischler (was an Spitzentagen vorkommt) in der Tagesschule Rüti zusätzlich zu den erwarteten Tagesschülern überhaupt Platz finden werden.

Zu Frage 2

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ein Fortbestand des Betreuungsangebots „Mittagstisch“, wenn auch u. U. nicht in der genau gleicher Form, nahtlos gewährleistet ist. Im neuen Schuljahr 2009/2010 wird voraussichtlich eine Tagesschule im Schulhaus Rüti eröffnet. Es wäre möglich, dass Schülerinnen bzw. Schüler des Mittagstisches in diese Tagesschule wechseln könnten.

Gemäss der Abteilung BKS gibt es in der Schule Bernstrasse noch keinen freien Raum für den Mittagstisch, auch nicht im Sinne einer Überganslösung. Der Mittagstisch wird erst voraussichtlich auf das Schuljahr 2011/2012 in die Schule Bernstrasse integriert werden können, nachdem der Umbau „Hallentrakt Dennigkofen“ mit Schulküche und anschliessend der Umbau der „Schulküche Bernstrasse“ zur Tagesschule vollzogen sind.

Zurzeit wird eine Zwischenlösung für mindestens zwei Jahre für den Mittagstisch in unmittelbarer Nähe des Schulhauses Bernstrasse ins Auge gefasst. Vorabklärungen haben ergeben, dass es möglich sein sollte, dass der Mittagstisch auf das Schuljahr 2009/2010 in die gemeindeeigene Wohnung umziehen könnte. Es ist für diese Überganslösung mit Umbau- und Anpassungskosten zu rechnen, die noch zu bestimmen sind. Die Mietkosten wären minimal, zumal die selben Räumlichkeiten auch für weitere Dienstleistungen verwendet werden könnten, für welche heute sehr teurer Raum angemietet wird.

Der Gemeinderat wird an einer der kommenden Sitzungen also zu entscheiden haben, ob er eine solche Zwischenlösung unterstützen will, oder ob es an der Bernstrasse zu einem mindestens zweijährigen Unterbruch eines Betreuungsangebotes kommen soll.

Der Gemeinderat wird den GGR auch in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden halten.

Regula Unteregger (SP): Ich bin mit der Beantwortung nur bedingt zufrieden.

87 10.374 Interpellationen
10.1440 Regionalkonferenz Bern-Mittelland (Bernplus)

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKM): Ostermundigen-interne Meinungsbildung; schriftliche Beantwortung

Wortlaut

Angeblich sollen die Stimmberechtigten der 101 RKM-Gemeinden der geplanten Regionalkonferenz „Bern-Mittelland“ im Mai 2009 über deren definitive Einführung beschliessen. Dazu nötig sind die Mehrheiten der RKM-Gemeinden (= 51) sowie der Stimmberechtigten aller RKM-Gemeinden.

Wie wir am 31.10.08 an einer Tagung „Agglomerationspolitik“ in Köniz erfuhren, haben andere Gemeinden die gemeindeinterne RKM-Meinungsbildung und die damit verbundene Einbindung ihres Parlaments bereits geregelt.

Da die Gemeindepräsidenten gemäss Beschluss der kantonalen Stimmberechtigten vom 17.6.2007 ihre Gemeinde in der RKM vertreten, ist auch in Ostermundigen noch festzulegen, wer die Meinung der Gemeinde Ostermundigen wie und wann beeinflusst und letztlich festlegt. Ebenfalls zu fixieren ist, wie in Ostermundigen vorgegangen wird, falls sich eine gemeindeinitiative (nötig sind 20 % der RKM-Gemeinden) oder ein gemeindereferendum (nötig sind 10 % der RKM-Gemeinden) aufdrängen sollte.

Laut Artikel 153 des Gemeindegesetzes ist auch die Konsultation der Parlamente bei wichtigen Geschäften vorgesehen. Die Zuständigkeit fürs Starten und Mittragen von Behördeinitiativen und -referenden sollte u. E. nicht beim Gemeinderat liegen.

Fragen

- 1. Warum meint der Gemeinderat, sogar RKM-Geschäfte, welche die Gemeinde Ostermundigen direkt tangieren (z. B. Verkehrs-, Regional- + Siedlungsplanung sowie die daraus entstehenden finanziellen Folgen), seien dem eigenen Parlament NICHT zu unterbreiten?*
- 2. Wann und wie gedenkt der Gemeinderat die gemeindeinterne Meinungsbildung zu RKM-Geschäften noch rechtzeitig vor der RKM-Volksabstimmung (= Mai 2009) und unter Einbezug des Parlaments verbindlich zu regeln?*

eingereicht am 7. November 2008

sig. W. Bruderer M. Schenk R. Rüfli

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Es ist die folgende Beantwortung des Gemeinderates vorgesehen:

Am 17. Juni 2007 stimmten die Berner Stimmberechtigten mit grosser Mehrheit der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ) zu. Der Regierungsrat setzte die beschlossenen Änderungen der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes (GG) sowie zwei Verordnungen per 1. Januar 2008 in Kraft.

Die direkten Einwirkungsmöglichkeiten der kommunalen Parlamente auf die „Alltagsgeschäfte“ der Regionalkonferenz sind beschränkt. Falls die Stimmberechtigten am 17. Mai 2009 der Gründung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland zustimmen, wird sie aus 100 Gemeinden bestehen. Die Mitwirkung der Gemeinden wird im Wesentlichen über die Gemeindepräsidien erfolgen. Die Gemeindeexekutiven können ihren Gemeindepräsidien für die Beschlüsse der Regionalversammlung Weisungen erteilen. Das Gemeindegesetz legt die Zuständigkeit zum Erteilen der Weisungen fest, weshalb diesbezüglich keine parlamentarischen Zuständigkeiten begründet werden können. Dies wäre aufgrund der knappen Fristen - die Traktanden der Regionalversammlung müssen den Gemeinden spätestens 30 Tage vor der Versammlung zugestellt werden - auch nicht möglich. Es steht den Parlamenten aber frei, das Verhalten des Gemeinderats und des Gemeindepräsidiums mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten (Interpellation, Postulat, Richtlinienmotion) unverbindlich aber unter Umständen politisch wirkungsvoll zu beeinflussen.

Anders verhält es sich bei Behördenreferenden und Behördeninitiativen. Hier ist aufgrund des Gemeindegesetzes auch der Gemeinderat zuständig. Das Gesetz eröffnet aber die Möglichkeit, dass die Gemeinden abweichende Zuständigkeiten festlegen. In Köniz ist in diesem Jahr eine Motion überwiesen worden, gemäss der die Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen dem Parlament übertragen werden soll.

Eine weitere Mitwirkungsmöglichkeit ist gemäss Art. 153 GG vorgesehen: Die Regionalkonferenzen konsultieren zu wichtigen Vorhaben vorgängig die zu-ständigen kantonalen Stellen, die Gemeinden und soweit nötig die übrigen kommunalen Körperschaften, die regional organisierten politischen Parteien und bei Bedarf die weiteren interessierten Kreise. Wo Gemeindeparlamente bestehen, werden diese ebenfalls konsultiert. Diese Regelung gilt bereits und kann von den Gemeinden nicht ergänzt werden. Die Gemeinden können nicht selbst bestimmen, welche Vorhaben wichtig sind; dies wird von der Regionalkonferenz festgelegt.

Es geht also bei der Frage der Zuständigkeiten des Parlaments nur um die Frage, wer für das Ergreifen von Behördenreferenden resp. das Lancieren von Behördeninitiativen zuständig sein soll.

Zur Information:

- ① 2 % der Stimmberechtigten oder 10 % der Gemeinden können innert 90 Tagen ein Referendum ergreifen.
- ① 5 % der Stimmberechtigten oder 20 % der Gemeinden können innert 6 Monaten eine Initiative einreichen.

Folgende Punkte scheinen dem Gemeinderat wichtig zu sein:

- Es geht nicht um die Frage, welche Geschäfte dem Referendum unterstehen und für welche Geschäfte Initiativen lanciert werden können. Diese Fragen sind abschliessend geregelt. Jeder Gruppierung steht es frei, per Unterschriftensammlung diese Instrumente zu ergreifen. Es geht einzig um die Frage, ob im konkreten Fall allenfalls auch der „bequemere“ Weg des Behördenreferendums resp. der Behördeninitiative zur Verfügung steht.
- Die Meisten von Ihnen sind nicht nur Mitglied des Parlaments, sondern auch Mitglied einer Partei. Sie politisieren in erster Linie aus dem Blickwinkel der Partei. Wenn Ihnen ein Geschäft so wichtig ist, dass Sie es unbedingt den Stimmberechtigten unterbreiten wollen, dann haben Sie zwei Möglichkeiten: Sie können unverzüglich die Unterschriftensammlung starten, um keine Zeit zu verlieren und um das Gelingen des Vorhabens selbst massgebend beeinflussen zu können. Oder Sie können sich darum bemühen, dass 10 oder 20 Gemeinden Ihr Anliegen unterstützen. Wie gehen Sie im zweiten Fall vor? Sie fragen die Gemeinden an - und Sie fragen mit Vorteil diejenigen Gemeinden an, die rasch entscheiden können. Bleibt die Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen bei der Exekutive, kann Ihnen die Exekutive innert 14 Tagen antworten. Muss das Parlament befragt werden, müssen Sie wesentlich länger auf die Antwort warten.
- Falls wir die Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen dem Parlament übertragen, besteht die Gefahr, dass bei der Diskussion im Parlament bereits klar ist, dass genügend andere Gemeinden das Anliegen unterstützen oder dass bereits klar ist, dass ohnehin zu wenig Stimmen zusammen kommen werden.
- Aus Sicht des Gemeinderats liegt es nicht im Interesse der Gemeinde, dass sie beim Ergreifen von Referenden und dem Lancieren von Initiativen ein relativ aufwändiges Verfahren auslösen muss und deshalb entsprechend schwerfällig wird. Die Möglichkeit, rasch reagieren zu können, ist für die Gemeinde wertvoller.
- In der Regionalversammlung haben die Gemeinden nach Einwohnerzahl gewichtete Stimmkraft, Ostermündigen kann 6 Stimmen einbringen. Bei Initiativen und Referenden hat Ostermündigen wie jede andere Gemeinde nur 1 Stimme. Es scheint dem Gemeinderat paradox zu sein, dass ausgerechnet bei denjenigen Geschäften, wo die Gemeinde eine verhältnismässig kleine Stimmkraft hat, der grösste Aufwand betrieben werden sollte, um zur Stimmabgabe zu kommen.

Aus diesen Ausführungen können Sie entnehmen, dass der Gemeinderat der Auffassung ist, dass

- 1) die Gemeinde keine Vorteile daraus zieht, wenn die Zuständigkeit für Referenden und Initiativen dem Parlament übergeben wird, und
- 2) das Parlament kaum an Einfluss verliert, wenn die Zuständigkeit für Initiativen und Referenden beim Gemeinderat bleibt.

Der Gemeinderat nimmt aber auch zur Kenntnis, dass in anderen Parlamentsgemeinden die Diskussion über diese Zuständigkeit ebenfalls geführt wird. Falls sich in der Region die Meinung durchsetzt, dass den Parlamenten diese Zuständigkeit übertragen werden soll, ist es aus Sicht des Gemeinderates zweckmässig, in allen Par-

lamentsgemeinden die gleichen Regelungen einzuführen. Wenn jede Parlamentsgemeinde diese Frage anders regelt, wird die Zusammenarbeit unnötig kompliziert.

Zu Frage 1 möchte ich wiederholen, dass die Gemeinden einzig und allein darüber entscheiden können, ob die Exekutive oder das Parlament für das Ergreifen von Behördenreferenden resp. das Lancieren von Behördeninitiativen zuständig sein soll. Dass das Parlament zu den Tagesgeschäften der Regionalversammlung Abänderungsanträge stellen könnte, steht aufgrund der gesetzlichen Grundlagen nicht zur Diskussion. Es handelt sich also in jedem Fall um eine stark eingeschränkte Mitwirkung des Parlaments.

Zu Frage 2: Die Parlamentsmitglieder werden regelmässig von BernPlus zu Informationsveranstaltungen eingeladen. An diesen Veranstaltungen wird das Vorgehen rund um die Einführung der Regionalkonferenz erläutert. Die Frage der Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen ist in den Augen des Gemeinderats nicht so bedeutend, dass sie vor der Abstimmung vom 17. Mai 2009 geregelt werden müsste. Es ist sinnvoller, den Ausgang der Abstimmung ab zu warten und in dieser Zeit die Frage der Zuständigkeiten unter den Parlamentsgemeinden aufeinander abzustimmen.

Einfache Anfrage L. Müller (SVP) betreffend Finanzkrise; schriftliche Beantwortung

Wortlaut und Fragen

- *Hat die anhaltende Finanzkrise Auswirkungen auf die langfristige Finanzplanung unserer Gemeinde?*
- *Sind bereits Gegenmassnahmen geplant, wenn ja: welche?*

eingereicht am 29. Oktober 2008

sig. L. Müller

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Es ist folgende Beantwortung des Gemeinderates vorgesehen:

Was die gegenwärtige Finanzkrise betrifft, so ist die Gemeinde selber nicht unmittelbar von deren Auswirkungen betroffen. Sie ist weder Aktionärin von betroffenen Banken, noch Inhaberin von riskanten Papieren. Die Gemeinde pflegt allerdings Geschäftsbeziehungen zu Schweizer Grossbanken, die nicht restlos gegen das Risiko eines Konkurses oder einer Übernahme gefeit sind. Diesbezüglich sind deshalb vor einiger Zeit Massnahmen zur Verminderung und Begrenzung von Risiken beschlossen und umgesetzt worden.

Der Gemeinderat ist sich aber durchaus bewusst, dass die gegenwärtige Finanzkrise mittelbare Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben werden. Dabei ist einmal zu beachten, dass die gegenwärtigen Verluste an der Börse und auf Wertpapieren zu einer Verminderung von Vermögenserträgen und Vermögenswerten bei den Steuerpflichtigen führen werden. Das wird vermutlich einen direkten und negativen Einfluss auf die Einkommens- und Vermögenssteuern haben. Dieser kann heute allerdings noch nicht abgeschätzt werden; gravierende Einbrüche werden aber nicht erwartet.

Der Berner Wirtschaftsstandort ist - wie z. B. im Gegensatz dazu Zürich - nicht sehr finanzlastig orientiert. Die zu erwartenden massiv schlechteren Ergebnisse in der Finanz- und Bankenwirtschaft für dieses Jahr - die auch geringere Steuerneinnahmen bei den juristischen Personen zur Folge haben - werden dem Kanton Bern und seinen Gemeinden, so auch Ostermundigen, vermutlich nicht so starke Einbussen bringen wie anderswo. Das besagt auch ein entsprechendes Gutachten, das vom kantonalen Finanzdirektor, Regierungsrat U. Gasche, in Auftrag gegeben worden ist.

Heute steht auch noch nicht fest, welche Folgen diese Finanzkrise auf die Realwirtschaft haben wird. Es gibt Experten, die der Meinung sind, dass diese Krise eine weltweite Rezession auslösen oder mindestens beschleunigen werde. Andere Expertenmeinungen wollen zwischen der Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten und aufkeimenden Rezessionstendenzen keinen direkten Zusammenhang sehen. Unei-

nig ist man sich überhaupt, ob es zu einer weltweiten Rezession kommen wird und wie die Schweiz davon auch betroffen sein wird. Die weit verbreiteten Ängste übersteigen oft den angemessenen Realitätsgehalt bei weitem.

Von diesen will sich der Gemeinderat auch nicht anstecken und leiten lassen. Die Annahmen für den Voranschlag 2009 und den Finanzplan bis 2013 basieren auf gemeindeeigenen Unterlagen und Erfahrungswerten. Es sind kantonale Vorgaben und konjunkturelle Daten berücksichtigt worden. Vielleicht sind die Ergebnisse des im Oktober erstellten Finanzplanes etwas optimistischer ausgefallen, als das die gegenwärtige Situation oder die allgemeine Auffassung darüber heute erlauben würde.

Die effektiven Folgen dieser gegenwärtigen Finanzkrise sind aus heutiger Sicht noch sehr schwer abzuschätzen. Im Falle einer Rezession hätte der Gemeinderat mit den geplanten grossen Investitionsabsichten jedenfalls bereits das Richtige getan; nämlich sich antizyklisch zu verhalten und von den günstiger werdenden Preisen zu profitieren. Im jetzigen Zeitpunkt können aber noch keine weiteren wirkungsvollen Gegenmassnahmen geplant werden, man wüsste auch nicht, worauf diese abzielen sollten.

Nach Auffassung des Gemeinderates besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder ein Grund dazu, in Panik zu reagieren, noch in unkontrollierten Aktivismus zu verfallen. Der Gemeinderat hofft, die einfache Anfrage zur allgemeinen Zufriedenheit beantwortet zu haben.

89 10.372 Motionen
 22.111 Steueranlagen

Motion SVP-Fraktion betreffend die Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die SVP beauftragt den Gemeinderat, dem Parlament bis zum Beginn des Budgetierungsprozess für das Jahr 2010 zusätzliche Entscheidungsgrundlagen für die Prüfung der Auswirkungen einer anzustrebenden Steuersenkung auf das Niveau der Stadt (1,56) zu unterbreiten.

Wir verlangen vom Gemeinderat, dass er dem Parlament Varianten und deren Folgen aufzeigt, wie die Steuern auf das Niveau der Stadt Bern (1,56), unter der Auflage, dass am Ende der Finanzplanperiode (2014) trotzdem noch ein Eigenkapital von zwei Steuerzehntel vorhanden ist, gesenkt werden können.

Begründung

Seit Jahren wird die Steueranlage der Gemeinde Ostermundigen mit dem Hinweis auf die finanzielle Entwicklung, wie sie im Finanzplan aufgezeigt wird, unverändert bei 1,65 belassen. Ebenso lange rechnet uns der Finanzplan der Gemeinde vor, dass das Eigenkapital am Ende der jeweiligen Finanzplanungsperiode aufgebraucht ist. Eingetroffen ist dies bis heute glücklicherweise nicht. Im Gegenteil, gegenwärtig verfügt die Gemeinde über ein Eigenkapital von über 13 Mio. Franken.

Wir sind uns bewusst, dass wir keine leichtfertige Steuersenkung verlangen dürfen. Darum benötigen wir zusätzliche Entscheidungsgrundlagen, die es uns ermöglichen, auf der Basis gesicherter Fakten zu prüfen, ob wir diesen Schritt wagen können oder nicht.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er uns die Folgen einer Steuersenkung konkret aufzeigt. Wir möchten wissen, wie sich die Mindereinnahmen auf die Dienstleistungen und Investitionen der Gemeinde auswirken. In welchen Bereichen muss mit einem Dienstleistungsabbau gerechnet werden und wie lange hält dieser allenfalls an.

Wir sind überzeugt, dass der Grosse Gemeinderat das Recht hat, die Entwicklung der Gemeinde Aktiv mitzubestimmen. Mit unserer Motion wollen wir ein zusätzliches Instrument schaffen, um entscheiden zu können, in welche Richtung die finanzielle Entwicklung der Gemeinde gehen soll. Soll weiterhin der vorsichtige Weg des Gemeinderates befolgt werden oder wollen wir eine aktivere, vom Parlament bestimmte Politik betreiben.

eingereicht am 11. Dezember 2008

sig. E. Hirsiger E. Blaser M. Buchser G. Zaugg H.R. Hausammann

90 10.372 Motionen
50.300 Allgemeines

Motion der EVP-Fraktion betreffend mehr Standorte für Wahlplakate; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, für Wahlplakate mehr Standorte zu definieren, namentlich an folgenden Orten:

Bisher: Waldeck, Schermenweg/Bereich Bahnhof, Bushaltestelle Zollgasse
Neu: Bereich Poststelle 2, Rüti, Dennigkofen

Begründung

Ostermundigen hört bei der Dreiecksanlage an der Zollgasse auf. Diesen Eindruck erweckte die Wahlplakatierung anlässlich der soeben stattgefundenen Gemeindewahlen. Nur gerade an drei Standorten wurde durch die Gemeinde Wahlwerbung gemacht: Waldeck, Schermenweg/Bereich Bahnhof und Bushaltestelle Zollgasse. Die Parteien mussten jedoch je 10 Plakate abliefern. Bei früheren Wahlen gab es wenigstens noch Standorte vis-à-vis der Poststelle 2 neben dem Restaurant National und auch auf der Rüti.

Die Wahlwerbung ist für alle Parteien einer der wichtigsten Faktoren im Wahlkampf. Zudem erinnern die Plakate die Bevölkerung an ihr Recht, zu wählen. Deshalb ist an möglichst vielen Standorten auf die Wahlen aufmerksam zu machen.

eingereicht am 11. Dezember 2008

sig. R. Wagner
R. Bolliger
Ph. Gerber
B. Schröter

91 10.372 Motionen
40.118 Radwegnetz, Allgemeines

Motion der SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR bis Ende 2009 ein Konzept vorzulegen, wie die Infrastruktur für die Velofahrer in der Gemeinde und die grenzüberschreitende Veloerschliessung der Gemeinde Ostermundigen zu verbessern ist und bis wann er gedenkt, diese Verbesserung umzusetzen. Dafür ist insbesondere auch das Gespräch mit den Nachbargemeinden sowie dem Kanton zu suchen.

Begründung

Die Gemeinde Ostermundigen hat im Rahmen des Energiekonzepts das Thema „Mobilität“ als einen der Schwerpunkte für die Phase 2008 bis 2011 ausgewählt.

Der Langsamverkehr, insbesondere der Veloverkehr, kann eine spürbare Entlastung der bestehenden Infrastrukturen ermöglichen. Deshalb ist die Förderung des Veloverkehrsnetzes auch im Interesse der Gemeinde. Velofahrer als verletzbare Verkehrsteilnehmer sind jedoch auf gute Infrastrukturen angewiesen. Darum braucht es erstens ein zusammenhängendes Veloverkehrsnetz innerorts. Dieses soll zuerst realisiert werden. Damit durch den Veloverkehr auch im täglichen Pendlerverkehr eine Entlastung entsteht, ist zweitens eine Vernetzung über die Gemeindegrenzen hinaus notwendig. Ein kurzer, nicht systematischer Überblick führt z. B. folgende Mängel zu Tage:

- Das Veloverkehrsnetz auf Ostermundiger Gemeindegebiet ist allgemein sehr lückenhaft.
- Die Verbindung von Ostermundigen nach Ittigen ist in Richtung Ittigen sowohl auf dem Gemeindegebiet Ostermundigen, wie auch auf dem Gemeindegebiet von Ittigen schlecht beleuchtet und verfügt weder über einen Velostreifen, noch über einen Veloweg
- Die Verlängerung der Unteren Zollgasse Richtung Ittigen zwischen Siedlungsrand und Kreisel bei der Umfahrungsstrasse ist für Velofahrer äusserst gefährlich (keine Beleuchtung, keine Velospuren)
- Die Bernstrasse auf Ostermundiger Seite und die Ostermundigerstrasse auf Berner Seite weisen in Richtung Bern weder Veloweg noch Velostreifen auf. Dies ist besonders unerfreulich, da die Strasse leicht ansteigt.
- Richtung Ostermundigen fehlt zwischen Zentweg und Bahnunterführung jegliche Infrastruktur für Velofahrer.

Die Tatsache, dass die Ausfallstrassen Kantonstrassen sind, sollte den Gemeinderat aber nicht davon abhalten, auch hier eine Verbesserung anzustreben. Auch der regionale Richtplan „Langsamverkehr“ sieht Verbesserungen vor und es stehen dafür

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

kantonale Gelder bereit. Dies sollte für den GR ein Ansporn sein, sich aktiv für Verbesserungen einzusetzen.

Vorbildliche Energiestädte verfügen über gut ausgebaute Velowege. Es ist deshalb Zeit, dass Ostermündigen seine Velowege zu einem zusammenhängenden Netz ausbaut.

eingereicht am 11. Dezember 2008

sig. Ch. Zeyer
R. Mahler
R. Unteregger
M. Stäheli Ragaz
A. Thomann
N. Riesen
M. Neuenschwander
R. Kehrli
L. Schär
R. Moser
R. Wiedmer
A. Dogan

92 10.373 Postulate
10.1405 Verein Region Bern (VRB)

Postulat der SVP-Fraktion betreffend Entscheidungsfristen im VRB; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, im VRB den Antrag zu stellen, dass Entscheidungsfristen im VRB so gesetzt werden müssen, dass genügend Zeit für seriöse Meinungsbildung und vor allem für Rücksprache mit den zuständigen Gremien (Kommissionen, Räte, etc.) zur Verfügung steht.

Begründung

Oftmals sind im VRB Geschäfte vom zeitlichen Rahmen so ausgelegt, dass für seriöse und umfassende Rücksprache der dort Einsitz nehmenden Gemeindevertretenden nicht genügend Zeit bleibt. Nach Erhalt der Traktandenliste ist es oft nicht möglich, Geschäfte in den zuständigen Gemeindegremien (Kommissionen und Räte) gründlich zu besprechen und zu diskutieren, weil der Sitzungsplan nicht übereinstimmt und die Fristen zu kurz angelegt sind. So fehlt es denn oft an klaren Aufträgen für die Gemeindevertretenden für die Entscheidungen. Wir gehen davon aus, dass dies nicht nur in unserer Gemeinde der Fall ist und dass dieses Anliegen durchaus eine Mehrheit im VRB finden könnte.

eingereicht am 11. Dezember 2008

sig. L. Müller
E. Blaser
M. Buchser
G. Zaugg
E. Hirsiger
H.R. Hausammann

93	10.374	Interpellationen
	10.1806	Information Bürgerschaft (diverse Publikationen, Bekanntmachungen)
	10.2340	Internet / früher 10.1115*

Interpellation der EVP-Fraktion betreffend Informationen auf der Webseite der Gemeinde Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Bei der Benützung des Web-Auftrittes der Gemeinde stellen wir immer wieder Informationsmängel fest. Der Auftritt erscheint zwar in neuem Kleid, das ansprechend gestaltet ist. Dies nützt einem jedoch wenig, wenn die Informationen, die man sucht, nicht vorhanden sind. Hier nur einige Beispiele, auf die wir gestossen sind:

Abstimmungen und Wahlen

Es gibt unter dem Überbegriff „Politik“ eine Rubrik „Abstimmungsdaten“, in welcher aber nur gerade das Datum der Abstimmungen erscheint.

Vorschlag: Umbenennen in 2 Rubriken „Abstimmungen“ und „Wahlen“. Sobald bekannt ist, wann welche Abstimmungen oder Wahlen bevorstehen, sollten diese wörtlich aufgeführt werden (wichtig für Parteien vor allem bei Gemeindewahlen). Siehe auch Gemeinde Zollikofen unter Politik → Abstimmungen → Wahlen.

Zahlen über die Grösse und Zusammensetzung der Bevölkerung

Es gibt keine Angaben über die Bevölkerungsstruktur. Auch die Einwohnerzahl von Ostermundigen muss man sich mühsam aus der Rubrik „Geschichte“ herausarbeiten. Zudem stimmt die Zahl von 15'615 Einwohnern wohl kaum mehr. Da sie in einem Textzusammenhang steht, wird sie wahrscheinlich auch nicht angepasst.

Vorschlag: Rubrik „Bevölkerungsstatistik“ einführen (siehe Zollikofen unter „Verwaltung“ → Dienstleistungen).

Veranstaltungen im Tell-Saal

Es gibt zwar eine schöne Seite unter „Leben und Arbeit“ über den Tell. Aber unter der Rubrik „Tells Veranstaltungen“ ist meist nichts zu finden. Da der Saal ja von den Veranstaltern gemietet wird, weiss die Gemeinde, was dort stattfindet, also sollte sie die Werbung per Internet nützen. Es gibt immer wieder sehr bedeutende Konzerte, wie dasjenige von Joe Bonamassa vom 14. November 2008, einer der besten Bluesgitarrierten der Welt. Auf seiner Welttournee war im Tell Ostermundigen sein einziges Schweizer Konzert! Das einzige Schweizer Konzert (ev. sogar von Europa) von Ken Hensley, einer weiteren weltbekannten Rockgrösse, fand ebenfalls im Tell-Saal statt. Die Veranstalter-Gruppe „Only Rock'n Roll“ hat den Tell als „Rock'n Roll Hall of Fun“ gemietet, wo regelmässig bedeutende Konzerte stattfinden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

News

- Der GGR bekam zwar ein Mail als Einladung zum Tag der offenen Tür beim renovierten Rütischulhaus. Unter den News auf der Homepage war jedoch nichts zu finden.
- Ausstellung „Hang Up“ der Fachhochschule Burgdorf: Der Eintrag wurde vor Ende der Ausstellung bereits entfernt, obwohl sich Leute noch über die Öffnungszeiten erkundigen wollten.

Mitwirkungen

Die Unterlagen bei Mitwirkungen werden meist vor Ablauf der Eingabefrist herausgenommen. Zudem sollten die Ergebnisse von Mitwirkungen auf der Homepage ersichtlich sein. Wenn die Bevölkerung schon eingeladen wird, mitzudenken, dann sollten auch die Ergebnisse einzusehen sein (vielleicht könnte man nur die Parteien aufführen und bei Privatperson die Namen weglassen).

Integrationsprojekt ZiO

Obwohl dieses Projekt immer wieder erwähnt wird und als Pilotprojekt dargestellt wird, welches auch im Wahlkampf von den Parteien oft erwähnt wurde, ist im Webauftritt der Gemeinde nichts darüber zu erfahren.

Die Mängelliste wäre noch beliebig fortzusetzen. Auch aus der Bevölkerung sind uns immer wieder negative Äusserungen betreffend fehlender Informationen zu Ohren gekommen.

Fragen

Was unternimmt der Gemeinderat

- a) um die Informationen im Webauftritt der Gemeinde auf die Kundenbedürfnisse hin zu prüfen, auszurichten und auszubauen sowie
- b) zu gewährleisten, dass diese immer auf dem neusten Stand sind?

eingereicht am 11. Dezember 2008

sig. R. Wagner
R. Bolliger
B. Schröter
Ph. Gerber

Persönliche Erklärungen

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Ich möchte die Gelegenheit nutzen und allen Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken. Trotz Stimmenzuwachs hat die SVP an den Kommunalwahlen einen Gemeinderatssitz verloren. Ich schaue auf eine gute politische Zeit zurück. Viele interessante Debatten durfte ich über die Parteigrenze hinaus führen. Stets versuchte ich lösungsorientiert zu arbeiten. Meine Gedanken war nicht primär links oder rechts fixiert. Auch zu den Andersgesinnten suchte ich den persönlichen Kontakt.

„Wahltag = Zahltag“ - Dieses Zitat darf ich mit gutem Gewissen von mir weisen. Rückblickend kommen mir eine kurze Budgetsitzung mit einem Globalbudget, Einsparungen bei den GVB-Massnahmen bei den Schulanlagen, gemeinsame Rettungsversuche „Behörden- und Verwaltungsreform“ und zuletzt der Rahmenkredit „Wasser/Abwasser“ inkl. deutlicher Annahme durch den Souverän in den Sinn.

Ich verabschiede mich von Euch allen und gleichzeitig auch von der politischen Bühne. Die Wahl in das Parlament habe ich bereits abgelehnt. Ab sofort bin ich parteilos.

Ich gratulieren allen Gewählten und wünsche ein geschicktes „Händchen“ im Zusammenhang mit der Gemeinde Ostermundigen. Viele Seitenblicke und viel Verständnis für andere Anliegen; das ist der Zuckerguss bei der politischen Positionierung. Meinem Nachfolger als Departementsvorsteher Gemeindebetriebe, Synes Ernst, wünsche ich Weitblick, Geduld und Verständnis für die Mitarbeitenden sowie ein offenes Ohr für das sehr komplexe Fachgebiet.

Für die kommende Weihnachtszeit wünsche ich allen viele gefreute und besinnliche Stunden im Kreise der Familien - machets guet!

----- APPLAUS -----

Ratspräsident: Besten Dank Christoph, auch Dir die besten Wünsche für die Zukunft.

Bevor ich nun die Sitzung schliesse, möchte ich noch ein paar Worte an Sie richten. Die Wahlen sind vorbei. Mit unterschiedlichen Erfolgen, dies liegt nun mal in der Natur der Sache. In diesem Zusammenhang gratuliere ich allen Wiedergewählten zu ihrem Erfolg. Dies bedeutet aber auch, dass einige Ratsmitglieder - sei dies bedingt durch Verzicht auf erneute Kandidatur, Parteirückzug, Amtszeitbeschränkung oder fehlenden Stimmen - zumindest vorübergehend zum letzten Mal in unserem Kreise anwesend sind. Es sind dies:

<i>GGR-Mitglieder</i>	<i>Amtszeit ab</i>
Baumann Maria Anna (SP)	01.09.2005
Christen Thomas (SD)	01.04.2001

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Hubschmid Roger (FDP)	01.01.2008
Kirchhofer Daniel (SD)	01.04.2006
Leumann Beat (FDP)	01.05.2008
Moser Rupert (SP)	01.01.1997
Nesimi Mevlude (SP)	01.04.2006
Neuenschwander Marianne (SP)	01.01.2005
Stäheli Ragaz Meta (SP)	01.05.2004
Thomann Andreas (SP)	01.01.1997
Wiedmer Rudolf (SP)	01.08.2006
Gemeinderäte	
Künti Christoph (SVP)	01.07.2007
Werner Thomas (SP)	01.01.1997

Einen Transfer von der Legislative zur Exekutive vollziehen:

Unteregger Regula (SP)	im GGR seit 01.01.2001
Ernst Synes (CVP)	im GGR seit 01.01.2007

Ich danke all diesen Kolleginnen und Kollegen für ihre wertvoll erwiesenen Engagements ganz aufrichtig. Ich hoffe, dass ihr die nun gewonnene Freizeit sinnvoll nutzen könnt. Ebenso hoffe ich, dass die im Parlament gepflegten Kollegialitäten und teilweise gar Freundschaften nun nicht einfach enden, sondern weiterhin erhalten bleiben.

Dabei möchte ich insbesondere die Nichtwiedergewählten ansprechen. Ich habe Verständnis dafür, wenn nun darum Enttäuschung oder vielleicht sogar Frust vorherrscht. Dies muss aber nicht sein. Unser Leben offenbart immer Chancen und Perspektiven. Folglich gilt es, nun nicht zu verdröhnen, sondern die sich weiterhin bietenden Möglichkeiten mit voller Kraft zu nutzen.

Mit der heutigen Sitzung neigt sich auch mein Präsidialjahr dem Ende zu. Eigentlich gehört sich nun ein umfassender Rückblick mit allen Facetten vom Ratspräsidenten. Ich finde aber, dass muss nicht unbedingt sein. Wir haben ja alles gemeinsam erlebt und durchgestanden. Dem entsprechend beschränke ich mich auf drei Fazite bzw. Aussagen:

Fazit 1: Dieses Präsidialjahr ist für mich eine grosse Ehre gewesen und hat mir auch viel Freude und Spass bereitet. Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, das mir geschenkte Vertrauen auch erwartungsgerecht erfüllt zu haben. Dieses Präsidialjahr ist für mich aber auch quasi ein „Fitnessprogramm“ gewesen. Nicht nur psychisch sondern auch physisch. Ich habe alle Sitzungen immer stehend geführt, was durchaus seine Gründe hatte. Sitzend hinter dem Ratstisch wäre ich nämlich kaum wahrgenommen worden. Zudem war mir nur so ein absoluter Überblick möglich.

Fazit 2: Dass mein Präsidialjahr ein Wahljahr gewesen ist, hat man klar gemerkt. An diversen - offensichtlich auf die bevorstehenden Wahlen fokussierten - parlamentarischen Vorstössen und teilweise pointierten Meinungsäusserungen. Dies ist sicher absolut opportun. So betrachte ich auch die mir zugegangene Unterstellung in der

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Angelegenheit meines „Bantiger-Post-Artikels“ betreffend der WC-Anlage beim ALDI. Zumal sich die eigentlichen Sachverhalte und mitverbundenen Hintergründe klar anders präsentieren. Gestört hat mich, wie dabei vorgegangen worden ist. Dies war nun absolut nicht „Gentlemen-like“!

Eines möchte ich trotzdem zu Bedenken geben: Parlamentarische Vorstösse entsprechen unseren demokratischen Grundregeln und machen durchaus Sinn. Es macht aber wenig Sinn, wenn dann unsere Verwaltung über Gebühr beschäftigt wird. Vielfach wären nämlich **direkte** Anforderungen von Informationen nicht nur effizienter, sondern auch zeit- und kostensparender.

Und Fazit 3: Auch in diesem Jahr sind diverse nachhaltige Geschäfte bewältigt und elementare Entscheidungen vollzogen worden. Speditiv und mit viel Energie und Disziplin. Und dafür möchte ich Euch, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, ganz aufrichtig danken. Mit Eurer Unterstützung habt Ihr meinen Job erheblich erleichtert - besten Dank. Ganz speziell danken möchte ich zudem unserem Ratssekretär, Jürg Kumli. Du warst für mich ein grosse Hilfe. Ganz speziell danke ich Dir zudem für die heute auf den Tischen vorgefundenen Advents- bzw. vorweihnächtlichen Bescherungen. Wir alle schätzen dies sehr. Zumal wir damit den ersten Hunger im Hinblick zum bevorstehenden Racletteessen vorerst stillen können.

Zukunftsweisend dürfte wohl auch der einmalig deponierte Antrag von Norbert Riessen (SP) in Sache „Redezeitbeschränkung“ sein, was ich indessen nun meinem Nachfolger überlasse.

Trotzdem, etwas müssen wir immer im Fokus behalten: Mit unserem Politgeschehen zeichnen wir verantwortlich für eine gute Entwicklung unserer Gemeinde und für eine gute Lebensqualität für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und ich denke, für Ostermundigen als notabene **attraktiven** Standort lohnt sich das alleweil und absolut.

Voila, meine Damen und Herren, in diesem Sinn darf ich nun die heutige Sitzung beenden. Ich wünsche Euch allen wie auch Euren Angehörigen recht schöne Festtage und einen guten Rutsch in ein hoffentlich erfreuliches neues Jahr. Zudem wünsche ich meinem Nachfolger, Bruno Schröter, alles Gute und viel Erfolg zu seinem Amt. Dies wird für ihn bekanntlich nichts Neues sein, sondern viel mehr Routine aus gewonnenen Erfahrungen, was ja sicher auch dienlich sein kann.

Wir treffen uns nun im Restaurant „Schützenhaus“ zum gemütlichen Ausklang. Die Sitzung ist somit beendet.

----- **APPLAUS** -----

1. Vizepräsident Bruno Schröter: *Das wird kein einfaches Jahr*, hat Peter im BUND-Interview vom 14.12.2007 gesagt.

So schlimm war es nun doch nicht. Klar es war ein Wahljahr und es wurde viel gesprochen, das sieht man aus den ca. 390 Seiten Protokoll.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 11. Dezember 2008

Peter war der erste Präsident, der wegen der besseren Übersicht alles stehend geleitet hat. Schon das ganze Jahr hat er sich mit der Redezeitbeschränkung beschäftigt, aber erst an der zweitletzten Sitzung hat er sie auch umgesetzt.

Trotz der guten Übersicht wurde er manchmal auf dem linken Fuss erwischt, etwa mit einem Antrag aus dem Gemeinderat.

Als ich Präsident war, haben wir ihm einen Holzschemel geschenkt, damit er über das Rednerpult hinaus sieht. Wie heisst es doch so schön: „hoch, höher, am höchsten.“ Deshalb schenken wir ihm heute zum Abschied einen Heli-Rundflug.

Ich danke Peter für das Engagement im vergangenen Jahr und wünsche ihm bei der Aussicht von unten viel Glück und das er nicht zu lange reden wird.

----- **APPLAUS** -----

Ratspräsident: Besten Dank für das tolle Präsent.

Heinz Gfeller (FDP): Im vergangenen Jahr hast Du unseren GGR umsichtig, strikt und zielstrebig geleitet. Gerne spreche ich Dir im Namen der FDP-Fraktion den besten Dank aus. Wir sind froh, Dich im nächsten Jahr wieder öfters am Rednerpult sehen zu dürfen.

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Peter Wegmann

Jürg Kumli

Die Stimmenzählerin:

Der Stimmenzähler:

Maria Anna Baumann

Markus Truog